

Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 28.-29. November 2009 in Leipzig

Inhalt

Beschluss Ab Arbeitsprogramm Juso-Landesvorstand 2009-2011 „Wir stehen auf der Schwelle einer neuen Zeit: für eine linke (Op)Position“	2
Beschluss I1 Freiheit und Datenschutz im Netz. Grundsatzpositionen der Jusos Sachsen zu netzpolitischen Themen.....	17
Beschluss I3 Unterstützung der lokalen Save- Me Kampagnen	20
Beschluss I6 Gegen die Anerkennung der Zeugen Jehovas als KdÖR.....	20
Beschluss M1 Freie Radios erhalten	20
Beschluss WS1 Nachhaltige Politik braucht keine Public-Privat-Partnerships.....	20
Beschluss WS2 Erhöhung des Landeszuschuss für Krippen,- Kiga,- und Hortplätze.....	21
Beschluss WS3 Wohlstand messen - aber nicht mit dem BIP!.....	21
Beschluss WS4 Die Rente sichern! Förderung der Privatvorsorge einstellen!	21
Beschluss WS 8 Weil Verhütung Kopfsache ist – Kostenbefreiung beim Erwerb der Pille für Studentinnen und Auszubildende	24
Beschluss UV 1 100 % erneuerbare Energien sind möglich und nötig!	24
Beschluss UV 2 Bewusst und nachhaltiger ernähren: Welternährungs- und Umweltproblematik anpacken.....	26
Beschluss B1 Bildungspolitische Eiszeit - Positionierung der Jusos Sachsen zum Bildungsteil des Koalitionsvertrages zwischen CDU und FDP	27
Beschluss B2 Mindestausbildungs-Vergütung für Auszubildende	32
Beschluss B3 LehrerInnenausbildung reformieren	32
Beschluss B4 Sachsenweites Semesterticket	33
Beschluss B5 Wir machen Gute Arbeit!	34
Beschluss Ini 1 Solidaritätsbekundung mit den TeilnehmerInnen des Bildungsstreikes	34
Beschluss Ini 2 Das SWIFT -Abkommen verhindern - die Freiheit verteidigen!.....	35
Beschluss Ini 3 Damit das Praktikum nicht umsonst ist!	35

Beschluss Ab

Arbeitsprogramm Juso-Landesvorstand 2009-2011

„Wir stehen auf der Schwelle einer neuen Zeit: für eine linke (Op)Position“

Einleitung:

Weltweit erleben wir seit dem Sommer 2008 die größte Krise des Kapitalismus seit 1929. Die Politik der Marktideologie ist offenkundig gescheitert. Dieses Versagen hat die in den 1980er Jahren etablierte Hegemonie des Neoliberalismus ins Wanken gebracht. Noch vor kurzem als naturgegeben verbriefte Annahmen erweisen sich als brüchig oder wurden selbst von den größten Apologeten des Neoliberalismus über Bord geworfen. Die globalen Finanzmärkte sind an ihre Grenzen als Quelle nie enden wollenden Wohlstands gestoßen. Die Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung breiter Bereiche des gesellschaftlichen Lebens haben nicht zu den versprochenen Verheißungen geführt, sondern die Gesellschaft stattdessen anfälliger für die immer häufiger auftretenden Krisen gemacht. Selbst die Annahme, jede_r könne durch eine finanzielle Beteiligung an den Segnungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus partizipieren, hat sich als falsch erwiesen. Stattdessen wurden gesellschaftliche Risiken individualisiert. Am Ende sieht sich das einzelne Individuum hilflos anonymen Marktkräften ausgesetzt. Aus der anfänglich breiten Unsicherheit vieler Menschen ist die Gewissheit geworden, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Angriffe auf Arbeitnehmer_innenrechte, das Zusammenstreichen wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme und das Platzen der eigenen privaten Risikoversorge an den Kapitalmärkten schneller Realität geworden sind, als manche_r Krisenjünger_in vorauszusagen mochte.

Die demokratische Zivilisierung der Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaftsformation, an der die Sozialdemokratie einen großen Anteil hatte, erfuhr mit dem Siegeszug des Neoliberalismus ihr roll-back. Das diese Ideologie seit des weltweiten Zusammenbruchs der Finanzmärkte gescheitert ist, sollte keiner mehr bezweifeln. Paradoxerweise gelingt es jedoch gerade der Sozialdemokratie nicht, in diesen Zeiten die richtigen Antworten auf den Zusammenbruch der marktradikalen Heilslehre zu geben. Stattdessen befindet wir uns in einer der größten Krisen der Sozialdemokratie. Eine Wahlniederlage reiht sich an die andere. Gerade das Superwahljahr 2009 endete am 27. September mit der größten Niederlage der SPD bei einer Bundestagswahl seit Bestehen der Bundesrepublik. Im Gegenzug erleben wir, dass konservative und neoliberale Kräfte und Parteien eben in jene Lücken vorstoßen, die mit dem Schrumpfen der Sozialdemokratie aufgerissen wurden.

Dabei gäbe es genügend Anknüpfungspunkte für die Sozialdemokratie, diejenigen Menschen politisch zu beheimaten, die angesichts eines Gefühls des Unbehagens am Kapitalismus

orientierungslos sind und sich hilflos, wütend oder ausgeliefert fühlen. Diese Menschen verbindet mit der Sozialdemokratie das Ziel in einer selbstbestimmten Gesellschaft leben zu wollen, in der wir frei von Fremdbestimmung durch äußere Kräfte sind, in der wir gemeinsam und solidarisch die Grundlagen unserer Gesellschaft organisieren wollen, in der die Starken für die Schwachen, die Jungen für die Alten und die Gesunden für die Kranken eintreten. Doch dies ist keine Utopie, sondern im Hier und Jetzt realisierbar. Gerade die Jusos als Parteijugend der SPD, aber auch als sozialistischer und feministischer Richtungsverband, kommt die Aufgabe zu, den Kampf gegen die Beharrungskräfte des Neoliberalismus aufzunehmen; junge Menschen mit unseren Formen der politischen Beteiligung, mit unseren Inhalten und mit unserem Verständnis der Kultur eines Jugendverbandes anzusprechen und zum Mitmachen zu animieren. Dieser Herausforderung werden sich auch die Jusos Sachsen stellen.

Die nächsten vier/fünf Jahre werden auf Bundes- bzw. Landesebene voraussichtlich wahlkampffreie Jahre werden. Sowohl im Bund als auch im Freistaat befindet sich die SPD in der Opposition. Damit eröffnen sich für den zukünftigen Landesvorstand und die Arbeit der Jusos Sachsen neue Möglichkeiten in ihrer Rolle als Oppositionsjugend. Freiheiten und Spielräume, welche die letzte Zeit aufgrund der starken Beteiligung der Jusos im Wahlkampf und während der Regierungszeit der Großen Koalition in Sachsen und der Bundesrepublik nicht möglich waren, können nun dafür genutzt werden, sich auf die eigene Verbandsarbeit und Verbandskultur zu konzentrieren, eigene Stärken aufzubauen und den Fokus auf die Jusos als Jugendverband zu richten.

Mittlerweile sind die Jusos auf Kommunal, Landes- und sogar Bundesebene in den politischen Strukturen fest eingebunden. Die Möglichkeiten, die sich für den Verband ergeben, auf den unterschiedlichen Ebenen unsere Positionen in die Partei hineinzutragen, sind vielfältig. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, diese Ressourcen klug zu nutzen. Diese Kompetenzen werden wir bündeln und für unsere Verbandsarbeit nutzen. Wir wollen als Jusos Sachsen mit diesen Themen identifiziert werden und in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sein.

Inhaltliche Schwerpunkte:

Um unseren Strukturen und Kapazitäten zu entsprechen, sowie auf bestimmte Zielgruppen eine Fokussierung vorzunehmen, sollten einzelne Schwerpunktthemen formuliert werden.

Auf dem Feld der Hochschulpolitik besitzen die Jusos Sachsen aufgrund ihrer Arbeit schon seit Jahren konkrete und umfassende Positionen. Diese konnten wir auch erfolgreich in die sächsische Sozialdemokratie und studentische Initiativen hineinbringen. Ohne unseren Beitrag in der sächsischen SPD und den studentischen Vertretungsgremien würde das neue sächsische Hochschulgesetz nicht diese sozialdemokratische Handschrift tragen. Für uns wird auch als Oppositionsjugend weiterhin der Kampf gegen Studiengebühren, ein barrierefreies Bildungssystem und eine Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen ein wichtiges Thema darstellen. Diesen inhaltlichen Schwerpunkt werden wir also aufgrund unserer bisherigen Arbeit und unserer studentisch geprägten Mitgliedschaft weiterhin bearbeiten.

Eine neue Zielgruppe wird für uns Jusos die Gruppe der Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer_innen sein. Diese auch in der Mitgliedschaft noch unterrepräsentierte Gruppe ist in Erwartungen an die Flexibilisierungs- und Streichorgien der konservativ-neoliberalen Koalition im Besonderen anzusprechen. Aber nicht nur die Erwartungen an die neue Regierungsarbeit, sondern die globale Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation versetzt viele Jugendliche in den Eingangs geschilderten sprachlosen Zustand. Ständige Forderungen nach mehr Eigeninitiative, Flexibilität und Mobilität werden weder durch ausreichende Sicherheits- und Aufstiegsmöglichkeiten honoriert, noch kann den Jugendlichen erklärt werden, warum sie auf sich alleine gestellt mit gesellschaftlichen Risiken konfrontiert werden, die eigentlich die Solidargemeinschaft abfangen sollte. Gerade hier können wir am ehesten an der Lebenswelt junger Menschen ansetzen und darauf hinweisen, was die Politik in Berlin und Dresden für Auswirkungen auf sie selbst hat und mit welchem Angebot wir ihnen Alternativen sowie über die parteiinternen Strukturen Potentiale der Interessensvertretung bieten können. Dabei ist es unabdingbar, dass wir nicht versuchen, die jungen Menschen mit einer reinen Parteijugendorientierung für die Arbeit der Jusos zu begeistern. Der latente Politisierung und dem Bedürfnis der Jugendlichen, etwas an ihrer Situation zu ändern, werden wir verstärkt projektorientiert statt gremienorientiert eine Plattform der Beteiligung bieten. Gerade weil die Jusos Sachsen in diesem Bereich Beschlusslagen zum Thema Mindestlohn, Jugendarbeitsschutzgesetz, Praktikumsgestaltung, Auszubildendenticket etc. besitzen, sind wir in diesem Bereich sprachfähig. Das diese weiterentwickelt werden können und durch neue Aspekte, die die Betroffenen selbst einbringen, erweitert werden sollen, steht außer Frage.

Ein enorm wichtiges Feld ist das Thema der Inneren Sicherheit und der individuellen Freiheitsrechte. Leider hat es die Sozialdemokratie auf Landes- und Bundesebene verschlafen, sich mittels progressiver Positionen in diese Diskussion einzubringen. Zensur- und Verbotswünsche, die aufgrund technischer Gegebenheiten kaum Wirksamkeit zeigen werden und stattdessen als Einfallstor in die Beschneidung individueller Freiheitsrechte gesehen werden müssen, haben dazu geführt, dass die SPD gegenüber internetaffinen Menschen enorm an Vertrauen eingebüßt hat. Diese fühlen sich nicht von uns vertreten. Hier haben die Jusos Sachsen sehr frühzeitig eine andere Position bezogen. Auch wenn wir damit nur vorübergehend einen Kurswechsel einleiten konnten, so werden wir an diesem Thema dran bleiben und unsere Meinung dazu viel vehementer innerhalb der Partei, aber auch in der Öffentlichkeit vertreten. Dies ist kein Horrorszenario, sondern anhand Äußerungen von Unions- und SPD-Spitzenpolitiker_innen belegbare Gefahr. Das Konstrukt von potentiellen Terroranschlägen in Deutschland sowie die emotional aufgeladenen Debatten im Zuge der Amokläufe an Schulen rechtfertigt es nicht, dass ernsthaft über ein Verbot von sogenannten Killer-Spielen, Paint-Ball oder anderen Formen von Jugendkultur nachgedacht wird. Das in diesem Zuge schon über die Sperrung unliebsamer politischer Internetseiten nachgedacht wird, wird uns in unserer Position nur bestärken.

Das originäre Arbeitsfeld der Jusos ist der Kampf gegen neue und alte Nazis. Diesem wird sich auch der neue Landesvorstand zuwenden. Inhaltliche Seminare, eine Unterstützung des Landesarbeitskreises Antirassismus, Teilnahme an Demonstrationen und Fortführung des

Projektes „Endstation Rechts“ sind Säulen der antirassistischen Arbeit der Jusos Sachsen. Wir als politische Jugend können nicht zulassen, dass rechtsextreme und rassistische Positionen sich in unserer Gesellschaft etablieren. Wir werden uns nicht nur dem großen Nazi entgegenstellen, sondern auch dem unterschweligen fremdenfeindlichen Witz. Hierzu werden wir vermehrt in der Mitgliedschaft darum werben, dass sich Jusos aus unseren Reihen finden, die an einer Teamer_innenschulung des Netzwerk für Demokratie und Courage teilnehmen. Unser Ideal ist die freie und gerechte Welt für alle Menschen, für diese Idee werden wir Jusos weiter streiten.

Die Jusos haben den Ruf, eine reine Studierenden-Organisation zu sein. Gleichwohl scheint das auf die Mehrheit der aktiven Mitglieder zuzutreffen. Unser Anspruch ist jedoch der, ein Sprachrohr für die junge Bevölkerung zu sein. Wir sind ein linker und feministischer Verband für junge Menschen bis zum 35. Lebensjahr. Um diesem Selbstanspruch gerecht zu werden, werden wir diskutieren, wie es uns gelingt, junge Menschen mit verschiedensten Lebensmodellen mit in unsere Arbeit einzubinden und die aktive Partizipation in unseren Gremien und Veranstaltungen zu ermöglichen. Wir werden daher darüber sprechen und gegebenenfalls Änderungen vornehmen, wie wir unsere Arbeit attraktiver für Auszubildende und junge Angestellte machen können, denn sie gewähren uns den Blick in die Welt der Alltagsarbeit. Mindestens ebenso wichtig ist die Einbindung junger Väter und Mütter, die nicht die sorglose Terminplanung wie ungebundene Studierende an den Tag legen können. Zudem bereichern sie unser Verständnis mit dem Blick auf die Welt der kleinen Menschen, die noch ihre gesamte Ausbildung und die Arbeitswelt in anderen Jahrzehnten vor sich haben. Unser Ziel sollte es sein, mit einem großen und diversifizierten Blick die Welt gestalten wollen zu können. Dazu brauchen wir die Einschätzung eines jeden Jusos der bereit ist, sich zu engagieren. Unsere Aufgabe muss es sein, störende Hemmnisse zu minimieren.

Gleichstellung:

Besondere Aufmerksamkeit verdient das Thema Gleichstellung. Noch immer leben wir in einer patriarchal geprägten Gesellschaft. In seiner ursprünglichen Form stellt das Patriarchat die durch Traditionen legitimierte, umfassende Herrschaft des Hausvaters über die Mitglieder einer häuslichen Wirtschaftsgemeinschaft dar. Mit Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft und der Herausbildung des Kapitalismus wandelte sich das Patriarchat hin zu einer auf Verfügungsgewalt des Mannes über die Frau basierenden Männerherrschaft. Die männliche Herrschaft des modernen Patriarchat geht weit über die klassische Herrschaft der Väter im Kreise eines Familienverbandes hinaus. Sondern sie erstreckt sich in der gegenwärtigen patriarchalen Gesellschaft über die Ausübung von Macht durch Ehemänner, männliche Vorgesetzte, Männern in Führungspositionen in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medien, Religionsgemeinschaften, Politik und Wirtschaft, in alle öffentlichen und privaten gesellschaftlichen Bereiche hinein. Damit besitzt das moderne Patriarchat in seiner Gesamtheit einen systematischen Charakter der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen.

Dieser neue Charakter zeigt, dass die gesellschaftliche sowie historische Dimension der Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen nicht biologisch determiniert ist, sondern in jedem historischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenhang eine andere Form annehmen kann und entsprechend auch angenommen hat. Die wichtigsten Kennzeichen patriarchaler Gesellschaften sind die ungleiche Macht- und Ressourcenverteilung zugunsten des männlichen Geschlechts sowie die geschlechtlich Arbeitsteilung, die in Ehe und Familie gesellschaftlich verankert ist. Macht und Ressourcen beziehen sich dabei z. B. auf Bildung, materielle Güter, politische Mitbestimmungsrechte, soziale Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Als sozialistischer und feministischer Richtungsverband ist die Frage der Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema und berührt alle Themenbereiche der Juso-Arbeit. Der Juso-Landesvorstand ist besonders darin verpflichtet, in allen seinen Publikationen auf geschlechtergerechte Sprache zu achten sowie auf eine ausgewogene und unter Umständen paritätische Teilnahme der Geschlechter an den Seminaren des Verbandes. Leider haben sich Selbstverpflichtungen eher als Lippenbekenntnisse erwiesen. Daher ist es umso wichtiger, noch viel stärker Frauenförderung über autonome Arbeitsstrukturen vorzunehmen. Eigene inhaltliche Seminare zu Gleichstellung, aber auch Möglichkeiten der Schulung im Bereich Moderation, Rhetorik, Projektarbeit etc. sollen ausschließlich einem weiblichen Juso-Teilnehmerinnenkreis zugänglich gemacht werden. Dabei spielt nicht nur der Qualifizierungsaspekt eine Rolle, sondern diese Seminare bieten auch Raum zum Austausch über die eigenen Erfahrungen und die Arbeit vor Ort.

Auch wenn es keine Einigkeit über das Amt eines Gleichstellungsbeauftragten gab, so wird der Landesvorstand aus seiner Mitte heraus eine Person bestimmen, die sich dieser Aufgabe besonders widmet, ohne den restlichen Landesvorstand in dieser Frage endgültig aus der Verantwortung zu entlassen. Materialien und mindestens ein Seminarwochenende zum Thema Gleichstellung, Feminismus und Sexismus sollen unsere Positionen nach außen tragen. Weiterhin wird eine stärkere Zusammenarbeit der zuständigen Jusos vor Ort, den Vorständen und dem Landesvorstand angestrebt. In diesem Zusammenhang soll es ein gender-training-Seminar für den Landesvorstand geben, dass dann auch auf den ganzen Verband auszuweiten ist.

Aber auch unsere eigenen Arbeitsstrukturen werden wir überdenken. Dabei kann zum Thema Gleichstellung mit Instrumenten wie der quotierten Erstredeliste und der Frauenquote nicht Zufriedenheit einkehren. Die Frage, warum Frauen sich weniger für politische Arbeit in Parteien und Jugendorganisationen im Allgemeinen und für Gremienarbeit im Besonderen begeistern lassen und weshalb viele Wochenendseminare kaum von Frauen nachgefragt werden, müssen zum Nachdenken animieren. Projektbezogenen Arbeit, andere Kommunikationsformen, Dauer und Terminierung sind hierbei Felder, in denen neue Wege gegangen werden müssen. Klar muss sein, dass alle – insbesondere die männlichen Mitglieder – bei dieser Aufgabe gefragt sind. Denn wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden und das geht nur zusammen mit den Männern.

Gleichstellungspolitik bezieht sich aber auch auf die Gleichstellung von Homo- Hetero- und Transsexuellen. In unserer Gesellschaft ist Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung noch immer alltäglich, gelegentlich auch innerhalb der SPD und der Jusos. Diese Diskriminierung zeigt sich dabei nicht immer offen, sondern spielt sich oft unterschwellig ab. Handlungsweisen und Äußerungen, so manches mal in nichtdiskriminierender Absicht, zeigen noch immer einen Handlungsbedarf. Der Landesvorstand wird sich dieses Themas annehmen und sich dafür einsetzen, dass Heterosexuelle, Homosexuelle und Transsexuelle gleichgestellt werden – im Handeln und schnellstmöglich auch in den Köpfen.

Verbandsarbeit:

Das vielfach geäußerte Bedürfnis der Mitgliedschaft, sich wieder auf die eigenen Stärken und die eigene Verbandsarbeit zu konzentrieren und eine gewisse Juso-Kultur zu leben, soll ein Schwerpunkt der Arbeit der nächsten zwei Jahre sein. Dabei hat der sächsische Juso-Landesverband in den letzten Jahren einen Anspruch und eine Arbeitsweise etabliert, die sich mit der Arbeit weitaus strukturstärkerer Juso-Landesverbände messen lassen kann. Natürlich ist es unmöglich Formen von Jugendkultur und Lebensstile in einem pluralistischen Jugendverband zu beschließen. Stattdessen können die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich ein Verbandsleben etablieren kann, dass ein annähernd gleiches Verständnis von Jusokultur ermöglicht. Ein Anfang sind die gemeinsamen Abende auf den Landesarbeitskreis-Wochenenden oder Juso-Reisen zu befreundeten Verbänden (international als auch national). Dies reicht dennoch nicht aus und wird auch nur von einer begrenzten Anzahl von Jusos in Anspruch genommen. Hier werden wir auf die Erfahrungen anderer Landesverbände oder Unterbezirke zurückgreifen, die erfolgreich eigene Sommercamps, Ausflüge und Juso-Reisen etabliert haben und ein Konzept für eigene sächsische Verbandswochenenden oder -ausflügen erstellen, dass genügend Raum bietet, eine eigene Verbandskultur entstehen zu lassen.

Seminare:

Die Grundstruktur von Landesarbeitskreis-Wochenenden, Neu-Juso-Wochenenden, Verbandstagen und anderen inhaltlichen Seminaren werden wir fortführen. Gerade die Landesarbeitskreis-Wochenenden bilden die Säule der inhaltlichen Positionierung der Jusos Sachsen. Sie sollen für uns in den nächsten Jahren die zentralen Veranstaltungen zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen darstellen und sollen drei mal im Jahr stattfinden. Sie dienen dazu, Jusos aus dem ganzen Verband ein Wochenende lang zusammen zu bringen und konzentriert in den unterschiedlichsten Politikfeldern zu arbeiten. Hierbei soll der gemeinsame Part viel stärker in den den Vordergrund treten und sich an der aktuellen Debattenlagen im Verband und der Gesellschaft ausrichten. Er soll verstärkt dazu genutzt werden, mit Vertreter_innen der SPD sowie aus den sozialen Bewegungen über die Ausgestaltung einer solidarischen Gesellschaft zu debattieren und unsere eigenen Ansprüche zu formulieren.

Es gibt ein Sprichwort, demzufolge es als „unschicklich“ oder „egoistisch“ gilt, sich zu sehr mit sich selbst zu befassen. Doch die SPD muss die größten programmatischen Umwälzungen ihrer Nachkriegsgeschichte bewältigen, wenn sie aus ihrer historischen Niederlage heraus zu

neuer Stärke finden soll. Das bedeutet auch, dass wir Jusos uns damit beschäftigen müssen, wer wir sind. Die Frage nach unserer Verbandsidentität ist zugleich eine nach der Vergangenheit und der Zukunft unseres Verbandes.

Wir sind Jusos, das steht außer Frage. Aber was genau heißt das? Die klassische Antwort auf die Frage nach unserem Selbstverständnis als Jusos lautet: Wir sind ein linker, feministischer und pluralistischer Richtungsverband, wir sind die JungsozialistInnen. Aber was heißt das? Getreu dem Titel eines von Franziska Drohsel herausgegebenen Buches („Was ist heute links“) müssen wir einmal selbstkritisch reflektieren was ‚Juso-sein‘ für uns eigentlich bedeutet. Welche Themen bearbeiten wir, wen wollen wir erreichen und wie arbeiten wir? Dies sind nur einige der Fragen, die gestellt und beantwortet werden müssen. Zu lange haben wir für das Verbandsverständnis wenig getan.

Neu-Juso-Wochenende:

Die Neu-Juso-Wochenenden müssen nicht nur angesichts der vielen Neueintritte nach der Bundes- und Landtagswahl fortgeführt werden. Sie sind der geeignete Raum, um den Neumitgliedern die Arbeit, Geschichte und Inhalte der Jusos/Jusos Sachsen näher zu bringen und einen besseren Einblick in die Arbeitsweise und Strukturen der Jusos und der SPD zu gewährleisten. Hierzu soll der Kreis an Teamer_innen in einer erneuten Schulung wieder aufgefüllt werden. Dafür werden wir zeitnah Schulungen für neue Teamer_innen anbieten. Es soll unser Ziel sein, möglichst aus allen Unterbezirken Vertreter_innen bei diesem Seminar zu schulen, um überall vor Ort auf ausgebildete Neu-Juso-Teamer_innen zurückgreifen zu können. Es soll diskutiert werden, inwieweit wir dann das Konzept der Neu-Juso-Wochenenden auf die einzelnen Unterbezirke herunter brechen können. Viele neue Jusos scheuen weite Anfahrtswege zu dem Landesseminar. Gerade aus Flächenunterbezirken konnten in den letzten Jahren vergleichsweise wenige Neu-Jusos für ein solches Wochenende gewonnen werden. In Zusammenarbeit mit den Jusos vor Ort soll es auch einer kleineren Gruppe von Neu-Jusos ermöglicht werden, all die Informationen über die Arbeit der Jusos Sachsen zu erhalten und die neuen Mitstreiter_innen direkt vor Ort zu verankern. Diese neue Form soll auch als Unterstützung zur Neumitgliederbetreuung für strukturschwache Unterbezirke angesehen werden. Die Landesebene kann dieses Angebot leisten, da sie sowohl auf die organisatorischen als auch personellen Kapazitäten zurückgreifen kann. Dabei ist es notwendig, dass wir auch weiterhin auf eine Referent_innenstelle in der Landesgeschäftsstelle zurückgreifen können. Der neue Landesvorstand wird sich daher mit aller Kraft gegenüber der Mutterpartei für diese einsetzen.

Verbandstag:

Nach den Verbandstagen zu den Themen „Gute Arbeit“, „Energie und Umwelt“, „Quo vadis Jusos Sachsen“ und unseren Kommunalpolitischen Leitlinien hat sich diese Form einer Eintagesveranstaltung bewährt und soll mit mindestens einem Verbandstag pro Jahr fortgeführt werden. Dabei bedarf es einer Verknüpfung zwischen der innerverbandlichen Themenausrichtung und der tagesaktuellen politischen Lage. Im Bezug auf die inhaltlichen Schwerpunkte und die neuen Zielgruppen werden die Jusos Sachsen eine Verbandstag zur

Vorstellung von Jugendlichen über eine solidarisch organisierte Gesellschaft veranstalten. Dieser soll über die entsprechenden Podien und Workshops neben der eigenen Mitgliedschaft eben jene junge Menschen ansprechen, die entweder ein Interesse an Fragen zu Netzsperrern, Internetfreiheiten, Ausbildung, Zukunftsperspektiven in Krisenzeiten etc. haben oder sich aufgrund eigener Betroffenheit zu diesen Themen artikulieren wollen. Im Vorfeld dieses Verbandstages werden wir Vertreter_innen von sozialen Bewegungen, Jugendgewerkschaften, Schüler_innenrät_innen, Studierendenvertreter_innen etc. in die Konzeptionierung einbinden. Wir erwarten ebenso eine intensive Mitarbeit von den Landesarbeitskreisen, die mit ihren bestehenden Beschlusslagen Impulse liefern und Anregungen für ihre weitere Arbeit aus den Ergebnissen des Verbandstages ziehen können.

Qualireihe:

Die in der Vergangenheit stattgefundenene Qualireihe, in der es den Juso-Mitgliedern ermöglicht wurde, in den Bereichen Pressearbeit, Moderation, Projektmanagement, Rhetorik uvm. eine Basisschulung zu erhalten, ist ein Grund für die professionelle Arbeit der Jusos Sachsen der letzten Jahre. Der hohen Nachfrage nach einer erneuten Auflage dieser Reihe werden wir nachkommen und so schnell wie möglich realisieren.

Landesarbeitskreise:

Die Landesarbeitskreise bilden das Rückgrat der inhaltlichen Arbeit des sächsischen Landesverbands. Mit einem Themenfeld von Hochschule, Bildung, über Energie/Umwelt, Europa bis zu Wirtschaft/Soziales und Antirassismus sind die Jusos Sachsen breit aufgestellt und können dem Verband ein weites Angebot an inhaltlicher Mitarbeit anbieten. Die Landesarbeitskreise sollen auch weiterhin autonom arbeiten und ihre Arbeitsschwerpunkte selber setzen. Sie werden aber auch weiterhin über ihre Sprecher_innen oder Ansprechpartner_innen an den Landesvorstand angebunden sein, um einen regen Austausch über den Stand der Arbeit im Landesarbeitskreis und dem Landesvorstand zu gewähren. An der Kooptierung soll somit festgehalten werden. Um die Rückkopplung zwischen Landesarbeitskreisen und Landesvorstand zu verbessern, sollen die aktuellen Debatten der Landesarbeitskreise stärker in die aktuelle Arbeit des Landesvorstands eingebunden werden. Darüber hinaus ist es unbedingt notwendig, dass die beschlossenen Positionen der Landesarbeitskreise/Landesdelegiertenkonferenzen viel stärker zusammen mit dem Landesvorstand über die Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert werden. Denn genau hier ist die Schnittstelle, wo innerverbandliche inhaltliche Arbeit über die Außendarstellung das Interesse von jungen politisch interessierten Menschen wecken soll.

Umweltpolitik ist ein Zukunftsthema, das von uns immer noch in einer Weise behandelt wird, die seiner Bedeutung nur wenig gerecht wird. Dennoch dürfen wir die Umweltpolitik nicht den anderen Parteien überlassen, sondern müssen selbst einen aktiven Beitrag leisten. Zwar versucht seit einiger Zeit der Arbeitskreis „Umwelt und Energie“, diesem Mangel abzuwehren. Doch ist der Umgang mit unserer Natur ein Themengebiet, das als Querschnittsthema in allen Arbeitskreisen und in allen Unterbezirken eine Rolle spielen muss und kann.

Im Projekt Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit werden wir uns deshalb damit auseinandersetzen, wie Ökologie und Ökonomie in einen ausgewogenen Zusammenhang gebracht werden können. Die Ideen der ökologischen Ökonomie und der ökologischen Modernisierung sind keine Monopole grüner Politik. Für uns steht dabei im Vordergrund, dass ökologische Belange aus sozialpolitischen Gründen niemals ökonomischen Belangen untergeordnet werden dürfen.

Gerade angesichts der Versuche der Schwarz-Gelben Regierung, die umweltpolitischen Errungenschaften der rot-grünen Regierungspolitik aufzuheben, dürfen die Fragen nach einer nachhaltigen Umwelt- und Energiepolitik von uns nicht vernachlässigt werden. Wir wehren uns gegen eine Umsetzung der Pläne zur Laufzeitverlängerung. An etwaigen Protestaktionen werden teilnehmen, wobei wir hierzu eine stärkere Vernetzung mit den Bündnispartnern im Bereich Umwelt anstreben.

Juso-Hochschulgruppen:

Die Juso-Hochschulgruppen sind die legitime Vertretung der SPD und der Jusos an den Hochschulen. Sie werden auch in Zukunft in ihrer Arbeit durch den Landesvorstand unterstützt. Dies äußert sich nicht nur durch die Kooptierung der__{des} Sprecher_in für Hochschulpolitik in den Landesvorstand, sondern auch durch eine Beteiligung und Unterstützung der JHG-Arbeit in den hochschulpolitischen Gremien und Initiativen durch den Landesvorstand. Gerade aufgrund der neuen schwarz-gelben Regierungen im Bund und auf Landesebene ist es auch weiterhin unabdingbar für die Vertreter_innen der studentischen Selbstverwaltungsgremien und der Vertretungen von Initiativen vor Ort, als Ansprechpartner_in und ernst zu nehmender Bündnispartner_in wahrgenommen zu werden. Darüber hinaus wollen wir das Potential nutzen, dass sich dem Verband mit Eva-Maria Stange als ehemaligen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst sowie Holger Mann als hochschulpolitischem Sprecher der sächsischen SPD-Landtagsfraktion bietet.

Landesausschuss:

Für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und Unterbezirken sollte verstärkt auf die etablierte Struktur des Landesausschusses zurückgegriffen werden. Dieser bildet das Kommunikations- und Kooperationsmedium der Unterbezirke. Neben der Kooptierung der__{des} Landesausschuss-Vorsitzende_n werden die Unterbezirke in Zukunft viel stärker in die inhaltlichen und organisatorischen Grundsatzentscheidungen des Landesverbands eingebunden. Hier ist der Landesvorstand in der Pflicht, denn es ist in seinem Interesse, die Unterbezirke/Unterbezirksvorstände in den entscheidenden Grundsatzfragen mitzunehmen.

Arbeitsweise des Landesvorstands:

Auch wenn es wichtig ist, dass sich der Landesvorstand als Gesamtgremium autonom findet und seine eigenen Arbeitsprozesse definiert und aufstellt, so kann davon ausgegangen werden, dass gewisse Mindestvoraussetzungen im Selbstverständnis als Gremium bzw. Mitglied dieses existieren. Noch klarer als bisher müssen nach außen und in den Verband hinein die einzelnen

Verantwortungsbereiche inhaltlicher (Internationales, Wirtschaft, Bildung) Art oder organisatorischer Art (Homepage, Seminare, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) der Landesvorstandsmitglieder kommuniziert werden. Damit wird nicht nur sichergestellt, dass jedem Mitglied deutlich wird, wer im Landesvorstand für bestimmte inhaltliche und organisatorische Fragen zuständig ist; sondern auch potentiellen Neumitgliedern und politisch Interessierten soll es leichter fallen, einen Erstkontakt zu den Jusos Sachsen herzustellen.

Der Landesvorstand ist das politische Führungsgremium des Verbandes und kann nicht alle 13 Unterbezirke abbilden. Diesem gehören Mitglieder an, denen die Jusos Sachsen aufgrund ihrer inhaltlichen und organisatorischen Kompetenz das Vertrauen geschenkt haben. Umso wichtiger ist es, dass jedes Landesvorstandsmitglied in Zukunft seine Rolle als Betreuer_in einzelner Unterbezirke deutlicher wahrnimmt. Ein ständiger Austausch über die Arbeit und Entscheidungen im Landesvorstand sind dabei ein Minimum, um die Integration des gesamten Verbandes zu garantieren. Aber nicht nur diese Informationspflicht sondern auch die Anwesenheit der einzelnen Landesvorstandsmitglieder auf den Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen ihrer Unterbezirke/Betreuungsunterbezirke dient dazu, den Verband mit dem Landesvorstand zurück zu koppeln und ein Austausch der Positionen und Arbeit im Vorstandsgremium mit der Mitgliedschaft zu garantieren.

Ziel muss es sein, dass der Landesvorstand so transparent wie möglich arbeitet und jederzeit ansprechbar für unsere Mitgliedschaft ist.

Die Sitzungen des Landesvorstandes sind prinzipiell öffentlich, Termine, Zeit und Ort sollten jedem Mitglied in gebührendem zeitlichen Abstand zur Kenntnis geben werden.

Öffentlichkeitsarbeit:

Die Darstellung unserer Positionen nach innen, gegenüber Bündnispartner_innen sowie potentiellen Neumitgliedern ist nur wenig ausgeprägt und soll neu aufgestellt werden. Dabei geht es um das „Wie“ und das „Was“. Grundlegend werden die Jusos Sachsen in sozialen Netzwerken (facebook, studivz) und mit ihrer Homepage eine aktuelle Internetpräsenz vorweisen. Diese wird aber nicht nur der Terminankündigung dienen, sondern auch als Schnittstelle zur Darstellung nach außen und innen Überblick über die inhaltlichen Positionen des Landesverbandes aufweisen. Die Beschlüsse des Landesverbandes werden nicht aus Selbstzwecken formuliert, sondern sollten noch viel stärker dazu genutzt werden, unsere Positionen und Stellungnahmen zu tagesaktuellen Ereignissen darzustellen. Hierbei ist es notwendig, auch die Landesarbeitskreis-Sprecher_innen sichtbar einzubinden, um für das breite inhaltliche Angebot der Jusos Sachsen zu werben. Dies gilt insbesondere für die Pressemitteilungen des Landesverbandes. Hier werden wir häufiger in Abgleich mit unseren eigenen Positionen die tagesaktuellen Geschehnisse im Freistaat und im Bund kommentieren und verfolgen. Nur so können junge Menschen, die sich politisch beteiligen wollen oder ein diffuses Gefühl der Politisierung besitzen, auf uns aufmerksam werden und erkennen, an welcher Stelle die Jusos Sachsen inhaltliche Anknüpfungspunkte aufweisen.

Als Sicht eines internationalistischen Verbandes wie den Jusos ist es zudem ein unhaltbarer Zustand, dass wir auf unserer Homepage nicht einmal einen englischsprachigen Informationsteil vorhalten. Der Vorstand wird sich darum bemühen müssen, dass eine Grundinformation über unsere Verbandsarbeit zukünftig nicht nur in Englisch, sondern auch in Polnisch und Tschechisch auf unserer Homepage abrufbar ist.

Besondere Aufmerksamkeit für die innerverbandliche Kommunikation kommt dem Newsletter „Der lupenreine Demokrat“ zu. Dieses, seit mehreren Jahren existierende, Verbandsmedium erfährt großen Zuspruch und soll weitergeführt werden. Die Struktur der Inhalte obliegt den neuen Verantwortlichen im Landesvorstand. Fest steht, dass wichtige Punkte wie Berichte aus dem Landesverband, den Landesarbeitskreisen und Unterbezirke sowie Veranstaltungsankündigungen auch weiterhin auftauchen werden.

Das Projekt „Der Rote Rächer“, etwas schleppend angelaufen im Landtagswahlkampf, ist eine neue Form der Darstellung unserer Positionen nach außen und in einer für unsere Zielgruppe junger politisch interessierter Menschen adäquaten Form. Die dazugehörige Internetpräsenz muss zügig mit Inhalten gefüllt werden und die bestehende Themenreihe Hochschule, Schule und AntirRa über Postkarten, Comics auf der Homepage und im Newsletter fortgesetzt und durch neue Themen erweitert werden. Genügend inhaltliche Anknüpfungspunkte wie Mindestlohn, Atomausstieg und Privatisierung öffentlichen Eigentums wird es Dank der Vorhaben der schwarz-gelben Koalitionen im Bund und Land geben.

Doppelstrategie:

Die Jusos Sachsen haben sich auf Bundesebene sehr dafür eingesetzt, dass mit dem Wechsel zu Franziska Drohsel der Doppelstrategie wieder mehr Beachtung geschenkt wird. Dies funktioniert mittlerweile sehr gut und wird als Querschnittsaufgabe in alle Bereiche der Bundesverbandsarbeit aufgenommen.

Leider weisen die Jusos Sachsen in dieser Frage Defizite auf. Es reicht nicht aus, auf Demonstrationen anwesend zu sein, um mit Juso-Fahnen schöne Bilder zu produzieren. Wenn wir als Ansprechpartner zwischen Initiativen sowie Bündnissen und der Sozialdemokratie angesehen werden wollen, dann sollten wir kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich aufweisen. Grundsätzlich werden die (Jugend)Gewerkschaften, die Falken, die Student_innenRäte, Schüler_innenräte, Auszubildendenvertretungen und Initiativen gegen Antirassismus die Gruppen sein, die eine hohe Priorität in der Frage von Netzwerkarbeit genießen. Dennoch können wir auch neue Wege der Bündnisarbeit gehen und themenspezifisch mit Initiativen zusammenarbeiten, die in ihrem besonderen Bereich Jugendlichen ein Podium für Mitarbeit bieten. Der neue Vorstand wird einen Treffen der Juso-SchülerInnen initiieren. Ziel muss die perspektivische Etablierung von „Juso-SchülerInnen-Gruppen“, ähnlich den Juso-Hochschulgruppen, sein. Wir können es uns nicht länger erlauben, im Landesverband unsere Ressourcen in diesem Bereich ungenutzt zu lassen. Dies gilt umsomehr, als der Juso-Verband sich in den letzten Jahren als eine der innovativsten bildungspolitischen Größen profiliert hat. Der neue Landesvorstand beabsichtigt, einen Jugend-Gewerkschaftsrat zu initiieren, um dem gemeinsamen Dialog einen verlässlichen

institutionellen Rahmen zu geben. Dabei werden wir abfragen, wer in unserer Mitgliedschaft in diesen Bündnispartner_innen aktiv ist. Denn ohne ein Grundvertrauen über die gemeinsame Zielrichtung, dass nur über eine verstärkte Kommunikation hergestellt werden kann, werden wir keine langfristige inhaltliche Zusammenarbeit realisieren können.

Dabei wird geprüft, wie sich Kontakte auf Landes- und Unterbezirksebene gegenseitig befruchten können. Purer Aktionismus und Doppelstrukturen in dieser Frage sind nicht hilfreich. Im Vordergrund stehen hierbei gemeinsame Treffen der Vorstände, gemeinsame Aufrufe und Teilnahme an Veranstaltungen, Demonstrationen oder Seminaren sowie langfristiger inhaltlicher Austausch in den jeweiligen Themenbereichen wie Arbeitsmarktpolitik, Hochschulpolitik, AntirRa-Arbeit etc.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Vernetzung in zivilgesellschaftlichen Strukturen, die über die klassische Kooperation mit (Groß)Organisationen hinausgeht.

Mandatsträger_innen:

Viele sächsische Jusos tragen Verantwortung in Parlamenten. Von der kommunalen Ebene bis hin zum Bund sind Jusos aktiv. Es ist unser Ziel, diese Arbeit zu stärken. Um das zu erreichen, wird der Landesvorstand den Austausch der sächsischen Jusos, die durch ein Mandat in Verantwortung stehen, fördern. Zunächst wird der Aufbau einer Junior-SGK in Sachsen aktiv unterstützt. Weiterhin ist ein regelmäßiger Austausch der Mandatsträger_innen aller Ebenen nötig. Der Landesvorstand wird diesen fördern und eine Plattform zum regelmäßigen Austausch schaffen.

Dem Leitgedanken des außerordentlichen Landesparteitag der Sachsen-SPD im Oktober 2009 „Raus aus den Nischen, rein ins Leben“ kann nur zum Teil zugestimmt werden. Versuche zur Öffnung und Erneuerung der Partei, die der SPD-Landesverband unter dem neuen Vorsitzenden Martin Dulig unternimmt, begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Wir mahnen aber auch an, dass dieser Weg konsequent weiter beschritten werden muss. Die Analyse, dass der Sozialdemokratie die Rückkopplung in zivilgesellschaftliche Strukturen fehlt, ist unstrittig. Die pessimistische Annahme, dass die Mitgliedschaft eben in jene Bereiche, die über Vereine und Initiativen wie der AWO, Bürgerinitiativen, Jugendarbeit usw. abgedeckt werden, mangelhaft verankert scheint, ist unzureichend. Viele Mitglieder, gerade auch viele Jusos, die vor Ort arbeiten, sind in solchen zivilgesellschaftlichen Strukturen verankert. Dieses Potential abzufragen, es zu bündeln und zu vernetzen, wird oberste Priorität haben, wenn das Ziel einer verbesserten Rückkopplung zwischen Partei und Gesellschaft erreicht werden soll. Hier kann der Landesvorstand Strukturen und Kapazitäten bieten, die er dann gemeinsam mit den Unterbezirken und der aktiven Mitgliedschaft vor Ort bei der Bewältigung dieser Aufgabe nutzt. Dabei sollte auch auf Bestehendes wie die Junior-SGK zurückgegriffen werden. Auch hier nützen neue Strukturen nichts, wenn schon welche existieren, diese aber unzureichend ausgeschöpft werden.

Wir dürfen als Jusos nicht nur in unserer eigenen Organisation präsent sein. Zu den beiden sozialdemokratischen Bildungseinrichtungen, der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ und dem „Herbert-Wehner-Bildungswerk“ pflegen wir gute Kontakte.

Wir müssen erkennen, dass unsere Partner eben nicht nur „Vorfeldorganisationen“ sind. Wir dürfen nicht immer nur dann auf sie zugehen, wenn wir etwas von ihnen möchten oder erwarten. Wir müssen die Zusammenarbeit auf eine neue Ebene stellen: Wenn wir uns als gleichwertige PartnerInnen verstehen und unsere Freundinnen und Freunde nicht als verlängerten Arm der Jusos betrachten, kann die gemeinsame Arbeit an Qualität hinzu gewinnen.

Auch der Zusammenarbeit mit den Parteijugenden der anderen demokratischen Parteien werden wir in den Zeiten der Opposition mehr Aufmerksamkeit widmen. Gerade das Prüfen inhaltlicher Schnittmengen mit der Grünen Jugend und der Linksjugend bietet genügend Potential, gemeinsam sowie mit sozialen Bewegungen, eine gesamtgesellschaftliche Mehrheit gegen die konservativ-liberale Regierungskoalition zu formieren. Dabei werden wir eine thematische Zusammenarbeit vor Ort und auf Landesebene anhand von Fragen wie der Ausgestaltung linker Wirtschaftspolitik, der Ausgestaltung von Sozialversicherungssystemen, die Gestaltung der Arbeitswelt, Kampf gegen Rechtsextremismus etc. anstreben. Neben der inhaltlichen Zusammenarbeit zählt die gemeinsame Teilnahme an AntiNazi-Demos wie auch Aufrufe zu Protestveranstaltungen dazu. Natürlich sind wir uns als Parteijugend der Sozialdemokratie über das besondere Verhältnis zur Partei DieLinke bewusst. Dazu existieren seit geraumer Zeit eindeutige Beschlusslagen, die eine personelle Erneuerung der Partei DieLinke als Voraussetzung für inhaltliche Zusammenarbeit formulieren.

Weiterhin werden wir auch Wahlaufufen und Demonstrationen gegen Rechts zusammen mit den Jungliberalen und der Jungen Union als Parteijugenden der demokratischen Parteien offen gegenüber stehen.

Netzwerkarbeit:

Die sächsische SPD ist mit 25% der Mitgliedschaft im Juso-Alter DER jüngste Landesverband überhaupt. Dies spiegelt sich auch in den Parlamenten auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, den Parteigremien aber auch Wahlkampfstrukturen wieder. Hieraus erwächst für uns Jusos eine besondere Verantwortung bei dem Erneuerungsprozess der SPD konstruktiv mitzuarbeiten.

Denn innerhalb der Sachsen-SPD sind wir Jusos die aktivste AG mit einer Fülle an thematischen Arbeitsbereichen. Ein beträchtlicher Anteil der inhaltlichen Debatten auf Parteitag geht auf Juso-Anträge zurück. Jedoch mangelt es noch daran, den Sachverstand der Jusos in einen regelmäßigen, themenorientierten Dialog mit anderen Teilen der Partei, etwa über SPD-Landesarbeitskreise oder über die Arbeitskreise der Landtagsfraktion, einzubringen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass diese Strukturen stärker ausgeschöpft und ggf. etabliert werden.

Die Zusammenarbeit mit den Juso-Abgeordneten im sächsischen Landtag und im Bundestag sollte dazu genutzt werden, die eigene Arbeit auf ein neues inhaltliches Niveau zu stellen und die Parteiarbeit in den parlamentarischen Gremien durch die Juso-Positionen zu bereichern. Mindestens ein Treffen des Juso-Landesvorstands mit der neuen Landtagsfraktion oder der Fraktionsspitze und kontinuierliche Kommunikation mit den Abgeordneten sowie eine Zusammenarbeit in den Arbeitskreisen der Fraktion auf Landesebene bilden die Grundlage dieser Zusammenarbeit.

Jusos, die vermehrt Verantwortung in den Gemeinde- und Stadträten übernommen haben, kommt eine besondere Rolle zu. Sie bilden die Schnittstelle zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen vor Ort. Auch wenn viele Themen, mit denen sich diese Juso-Rät_innen auseinandersetzen, oft regional begrenzt sind, so besteht enormes Potential, einen Austausch zwischen Juso-Arbeit und der Arbeit der Landtagsfraktion zu realisieren.

Fest steht, dass der Bereich der Arbeit in und mit der Partei durch viele aktive Jusos in den Parteigremien auf ein neues Niveau gehoben wurde. Diese Arbeit wird fortgesetzt. Es wird auch weiterhin Aufgabe des Landesvorstands sein, die Juso-Positionen in den Parteigremien und auf Landesparteitagen zu vertreten. Klar ist aber auch, dass es neuer Strategien bedarf, um diese Aufgabe erfolgreich zu bewältigen. Daher wird der neue Landesvorstand gefordert sein, Stimmungen zu den Juso-Positionen im Vorfeld viel stärker aufzunehmen und für eine erfolgreiche Einbringung der Anträge zu nutzen. Die eigenen Anträge und Positionen gegenüber einem links profilierten SPD-Landesverband durchzusetzen bedarf zusätzlicher inhaltlicher Überzeugungsarbeit. Eine wichtige Rolle hierbei spielen andere Arbeitsgemeinschaften und -kreise der SPD. Mit diesen sollte ein inhaltlicher Austausch angestrebt werden, der sich in gemeinsamen Veranstaltungen, Teilnahme an den eigenen Seminaren und gemeinsamen Anträgen zu Parteitag äußert.

Jusos Sachsen im Bund:

Die Jusos Sachsen haben es in den letzten Jahren geschafft, sich trotz ihrer geringen Größe im Vergleich zu anderen Landesverbänden als verlässlicher und konstruktiver Partner der Jusos auf Bundesebene zu etablieren. Die aktive Teilnahme an Kongressen der Bundes-Jusos und an den Perspektivwochenenden stellt eine Säule der Bundesverbandsarbeit der Jusos Sachsen dar. Hier werden wir uns weiterhin inhaltlich an den Perspektivprojekten beteiligen und somit unsere Positionen bei der Beschlussfindung auf Bundesebene mit einbringen. Auch eine aktive Teilnahme an den Netzwerkstellen, insbesondere zu den Themen Inneres, AntiRa und Feminismus kann als fruchtbar für beide Seiten – den Bundes- und den Landesverband – angesehen werden. Auch mit unserem professionellen Auftreten der sächsischen Delegation zum Bundeskongress haben wir uns einen Ruf erarbeitet, den es zu halten und auszubauen gilt. Eigene Anträge, Redebeiträge in den entscheidenden Aussprachen und zu den wichtigen Anträgen sind ein Instrument, um uns auf Bundesebene Gehör zu verschaffen. Ziel soll es sein, nach Gudrun Hoffmann in naher Zukunft erneut ein sächsisches Mitglied in den Bundesvorstand der Jusos zu entsenden.

Der Juso-Landesvorstand wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit mit uns inhaltlich nahe stehenden Landesverbänden fortgesetzt und vertieft wird. Dies betrifft nach aktueller inhaltlicher Positionierung unseres Landesverbands die im Kreis der Traditionalist_innen kooperierenden Juso-Landesverbände. Das Verhältnis zu diesen soll auf der Vorstandsebene ausgebaut und verbessert, aber auch über gemeinsame Seminare auf der Ebene der breiten Mitgliedschaft vertieft werden. Dabei ist die Teilnahme an den verbandseigenen Landesarbeitskreis-Wochenenden ein erster Schritt, der aufgrund der Entfernungen auch regional organisiert werden sollte.

Gerade im Ostgipfel wird der sächsische Landesverband weiterhin aktiv sein und mit Initiativen und Impulsen dieses Gremium der ostdeutschen Landesverbänden mit neuem Leben erfüllen. Austausch in spezifischen regional begrenzten Fragen, gemeinsame Aktionen, Seminare und Materialien konnten schon in der Vergangenheit über den Ostgipfel realisiert werden.

Die Initiative für einen Ostgipfel 2.0 muss von den Jusos Sachsen ausgehen. Der neue Landesvorstand wird sich dafür einsetzen, dass der Ostgipfel wieder die Arbeit aufnehmen kann. Wir wollen, dass der Ostgipfel zukünftig mehr ist als nur ein Gremium zur Vorbereitung der Bundeskongresse. Gerade deswegen müssen wir den Ostgipfel wieder als Gremium der ostdeutschen Jusos etablieren.

Nach der Wahl von Martin Margraf als ehemaligen Ostgipfelkoordinator in den Bundesvorstand der Jusos wird der sächsische Landesverband bemüht sein, die Koordinator_innenfunktion erneut mit einem aus unseren Reihen stammenden Mitglied auszufüllen.

Internationale Austausche sind gelebte Solidarität. In den letzten Jahren haben sich die Jusos Sachsen zunehmend international geöffnet. Beispiel dafür sind der regelmäßige Austausch mit unseren Partner_innen der MSD Ustecký kraj in Tschechien sowie Austausche mit Partnerorganisationen in Polen, Weißrussland, dem Kosovo, Chile und Israel und Palästina. Unsere internationale Arbeit soll von fallweisen Aktionen in ein regelmäßiges, längerfristiges Angebot mit klaren politischen Zielstellungen übergehen. Dabei stellen unsere Nachbar_innen in Tschechien und Polen unsere ersten Ansprechpartner_innen dar, aber auch darüber hinaus werden wir Austausche fortsetzen oder neu anstoßen.

Wir müssen in der kommenden Legislatur des Landesvorstands darauf achten, dass Kontakte und Partnerschaften intensiv gepflegt werden. Dazu gehört zum einen eine klare Verantwortlichkeit in Gestalt eines Ansprechpartners für internationale Zusammenarbeit im Landesverband, der diese Maßnahmen koordiniert. Die praktische Realisierung liegt in der Planungsentscheidung des Landesvorstandes.

Zum anderen ist es dabei besonders wichtig Kontakte weiterzugeben – scheiden Verantwortliche aus so muss auch für die Zukunft gewährleistet sein dass Kooperationen nicht abbrechen. Außerdem werden die Kreisverbände ermuntert Kontakte zu internationalen Organisationen mit dem Landesverband zu teilen. Dadurch kann eine Art Kontaktbörse

entstehen, die sicherlich mehr Jusos das Interesse an solchen Austauschmaßnahmen wecken lässt.

In Zukunft wollen wir unseren Mitgliedern zudem noch leichter die Möglichkeit eröffnen, an den internationalen Summercamps unserer Dachorganisationen IUSY und ECOSY teilzunehmen und diese ggf. mit inhaltlichen Seminaren vorbereiten.

Beschluss I1

Freiheit und Datenschutz im Netz. Grundsatzpositionen der Jusos Sachsen zu netzpolitischen Themen

Einleitung

Unsere Gesellschaft bewegt sich in großen Schritten auf das Informationszeitalter zu. Viele neue Möglichkeiten werden gerne genutzt um Arbeitsabläufe besser zu gestalten, Dateien zu tauschen, auf vielfältige Weise miteinander zu kommunizieren, eigene Inhalte anderen leichter zur Verfügung zu stellen usw.

Auf der anderen Seite stellen sich für die Bürgerinnen und Bürger, für die Politik und die Wirtschaft neue Anforderungen, und alte Fragen tauchen in neuen Zusammenhängen auf: Wie sieht ein zeitgemäßes Verwertungsmodell für Musik aus? Welche Überwachungsmaßnahme verträgt sich mit einer freiheitlichen Gesellschaft? Welche privaten Daten will jede und jeder bei staatlichen Behörden oder frei im Netz zugänglich wissen? Wie können Straftaten im Netz verhindert und verfolgt werden? Wie kann Verwaltung und Politik über das Internet besser funktionieren?

Die politische Debatte rund um diese Fragen – nennen wir sie: die Netzpolitik – findet in den großen Parteien, gerade auch in der SPD, nach wie vor einerseits viel zu wenig Beachtung. Andererseits weisen viele bei SPD-Regierungsbeteiligung verabschiedeten Gesetze eine unerträgliche Tendenz hin zu Repression, Unfreiheit und Bevorzugung der Interessen der Verwertungsindustrie auf. Wir glauben trotzdem, dass gesellschaftliche Mehrheiten für politischen Fortschritt auch in diesem Bereich nur mit der SPD zu machen sind. Deswegen wollen wir überzeugen und den Erneuerungsprozess der Partei nutzen, um die inhaltliche Debatte voranbringen. Wir sehen uns als Teil einer breiten gesellschaftlichen Gruppe, die für ihre Rechte streiten will, und wollen uns innerhalb dieser Gruppe besser vernetzen.

Wir fangen dabei nicht bei Null an: Die Jusos Sachsen haben sich bereits seit Jahren gegen Videoüberwachung, gegen Softwarepatente und für Freie Software ausgesprochen. Einen regelrechten Coup konnten wir landen, als wir über einen Antrag beim SPD-Landesparteitag das BKA-Gesetz vorerst im Bundesrat scheitern lassen konnten.

Überwachung und Datenschutz

Die Überwachungsbefugnisse des Staates wurden – mit abstrakten Verweisen auf angebliche Gefährdungslagen begründet – massiv ausgeweitet, automatisiert und zentralisiert. Vor wenigen Jahren noch vollkommen undenkbare Eingriffe in die Freiheitsrechte sind heute Realität: Telekommunikation wird massenhaft überwacht, alle Bürgerinnen und Bürger biometrisch erfasst, das BKA-Gesetz schafft eine Geheimpolizei, Datensammlungen werden zwischen den Staaten ausgetauscht.

Die auf Computern gespeicherten Daten geben einen tiefen Einblick in die Intimsphäre vieler Menschen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem „Recht auf Gewährleistung der Integrität und Vertraulichkeit von informationstechnischen Systemen“ ein neues Grundrecht eingeführt, das diese Daten schützen soll. Schlimm genug, dass erneut das Bundesverfassungsgericht die Politik bei Maßnahmen wie Festplattenbeschlagnahme und Spionagesoftware Grenzen aufzeigen musste. Nicht zuletzt die Vorfälle bei Lidl und der Deutschen Bahn zeigen uns, dass dieses neue Grundrecht jetzt wirksam in Gesetzen und der Strafprozessordnung umgesetzt werden muss.

Die Erfassung biometrischer Daten muss beendet werden, bevor der erste Datenskandal passiert. Das Fernmeldegeheimnis muss auch für Datentransfer im Internet gelten, fremde Dateninhalte dürfen nicht ausgewertet werden. Verkehrsdaten dürfen nur für Zwecke der Abrechnung und der Systemintegrität genutzt werden. Die Vorratsdatenspeicherung des Kommunikationsverhaltens und die Erfassung von Bewegungsprofilen muss beendet werden, denn sie stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht und ist unverhältnismäßig.

Löschen statt Zensieren

In der Debatte um die Kontrolle von Inhalten im Internet geht es nicht darum, im Netz Dinge zu befürworten, die auch an anderer Stelle illegal und widerwärtig sind. Das Ziel muss aber die Löschung illegaler Inhalte und die Strafverfolgung der Erstellerinnen und Ersteller sein. Das ist – wie im Falle von kinderpornografischen Inhalten – gut möglich und die beste Möglichkeit, den Zugang zu diesen Inhalten zu erschweren.

„Eine Zensur findet nicht statt“, muss auch weiterhin für das Internet gelten. Eine einmal aufgebaute technische Zensurinfrastruktur würde schnell weitere Begehrlichkeiten nach zu „sperrenden“ Seiten nach sich ziehen und die Meinungsfreiheit sowie den freien Zugang zu Informationen einschränken.

Netzneutralität

Die weltumspannenden Kommunikationsnetze, allen voran das Internet, werden für unseren Alltag immer wichtiger, und immer mehr Dienste – wie Fernsehen und Telefon – nutzen diesen Kommunikationsweg. Gleichzeitig stellen wir fest, dass das Kommunikationsnetz in der Hand weniger großer Unternehmen ist. Diese betreiben das Netz und den Netzausbau selbstverständlich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ländliche Gebiete, in denen Breitbandzugang für die Haushalte nur schwerlich die Investitionskosten deckt, geraten zusehends ins Hintertreffen und die „digitale Kluft“ verbreitert sich.

Der Staat soll den Netzausbau forcieren. Hierfür sollen Unternehmen „im staatlichen Auftrag“ Teilnetze bauen und betreiben und einen Teil der Einnahmen abführen. Nur so kann eine (nahezu) vollständige Breitbandversorgung sichergestellt werden.

Darüber hinaus können durch Netzbetreiber missliebige – etwa weil konkurrierende – Inhalte ausgeblendet oder benachteiligt werden. Der Zugriff auf angebotene Dienste soll aber allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen. Hierfür ist das gesetzliche Festschreiben der Netzneutralität, also eine Trennung von Infrastruktur und Dienst, nötig. Dem Staat, in Form der Bundesnetzagentur (BNA), muss die Kontrolle über die Infrastruktur obliegen. Dies bedeutet nicht, dass die BNA die genaue Netzkonfiguration steuert, sondern dass sie die Einhaltung des Trennungsgebots jederzeit überprüfen kann.

Urheberrechtsreform und Kulturflatrate

Das Urheberrecht ist in den letzten Jahren zugunsten der Verwertungsindustrie (und nicht etwa der Künstlerinnen und Künstler) zu Lasten von Rechten der Verbraucherinnen und

Verbraucher verzerrt worden. Damit wird auf der einen Seite ein überholtes Geschäftsmodell gefördert. Auf der anderen Seite werden Verbraucherinnen und Verbraucher kriminalisiert, bei Verstößen mit unverhältnismäßig hohen Strafen belegt und von einer Bande von Abmahnkanzleien verfolgt.

Wir wollen eine Förderung von Geschäftsmodellen, die im digitalen Zeitalter funktionieren. Wir wollen ein Verwertungsmodell, das die Einnahmenverteilung zugunsten der Urheberinnen und Urheber verbessert und das kulturelle Werke breit zugänglich macht und sichert. Die Diskussion um eine Kulturflatrate könnte der öffentlichen Diskussion dabei wertvolle Impulse geben.

Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Inhalte

Ein ausreichend finanzierter öffentlicher Rundfunk ist auch für die neuen Medien unverzichtbar, denn neben Fernseh- und Radioinhalten publizieren die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sehr viele Beiträge im Internet. Seit der letzten (am 01.01.09 in Kraft getretenen) Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages gilt allerdings eine Regelung, die es öffentlich-rechtlichen Sendern in der Regel verbietet, Programme und Begleitinhalte länger als sieben Tage online zum Abruf bereit zu stellen. Gänzlich verboten wurden sogenannte „presseähnliche“ Angebote. Dieser Gesetzesänderung geht auf eine Initiative des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) zurück, bei der dieser Lobbyverband eine Reduzierung der Onlinepräsenz öffentlich-rechtlicher Inhalte zugunsten der Printmedien durchsetzen konnte.

Wir können dies nicht akzeptieren und fordern, dass uns Inhalte, die wir mit unserem Geld finanzieren, uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden. Die Stärke des Onlinebereichs liegt gerade in der hohen Verfügbarkeit von Inhalten, unabhängig von Sendeterminen, und in der Formatvielfalt, in der uns Informationen übermittelt werden können. Die Sieben-Tage-Klausel muss ersatzlos gestrichen werden. Vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk produzierte Inhalte sind von uns allen gemeinsam finanziert worden und haben damit auch allen uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen. Öffentlich-rechtliche Textinhalte sollen grundsätzlich zugelassen werden. In unserer multimedialen Welt verschmelzen die Formate zusehends, und eine bedingungslose Trennung nach Audio, Video und Text ist nicht mehr zeitgemäß.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss auf eine neue Grundlage gestellt werden, da eine Finanzierung aus Gebühren, die sich am Vorhandensein von empfangsgerechten (nicht aber empfangsbereiten) Geräten, also an der theoretischen, nicht tatsächlichen Nutzung öffentlich-rechtlicher Angebote orientiert, für uns nicht mehr Zeitgemäß und zum Teil willkürlich ist. Zudem ist mit der GEZ eine Behörde geschaffen worden, die teilweise weit oberhalb ihrer Befugnisse operiert. Dabei lehnen wir eine Erfassung des tatsächlichen Nutzungsverhaltens allerdings aus datenschutzrechtlichen Gründen ab.

Offene Standards und Freie Software

Wir setzen uns für eine Förderung offener Standards und Freier Software ein. Gerade in der öffentlichen Verwaltung können offene Standards die Datenarchivierung sicherzustellen und Kompatibilitätsprobleme beseitigen. Langfristige Vorteile Freier Software sind die hohe Stabilität und Sicherheit, die Unabhängigkeit von Monopolanbietern, gute Verfügbarkeit und guter Support sowie geringere Kosten. Der verstärkte Einsatz Freier Software an öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Hochschulen kann darüber hinaus zu ihrer weiteren Verbreitung beitragen. Um eine Umstellung zu Erleichtern, sollte vorzugsweise plattform-unabhängige Software eingesetzt werden.

Beschluss I3

Unterstützung der lokalen Save- Me Kampagnen

Die Jusos Sachsen unterstützen die lokalen Save-Me- Kampagnen in Sachsen und fordern die Unterbezirke auf, die jeweiligen lokalen Save-Me-Kampagnen ebenfalls zu unterstützen oder gegebenenfalls vor Ort welche zu gründen.

Beschluss I6

Gegen die Anerkennung der Zeugen Jehovas als KdÖR

An die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

Die Jusos Sachsen sprechen sich gegen die am 19.05.2009 erfolgte Anerkennung der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas durch den Freistaat Sachsen aus und fordern die sächsische Staatsregierung, sowie das Kultusministerium auf, ihre Entscheidung zu überprüfen und ggf. zu revidieren.

Beschluss M1

Freie Radios erhalten

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion:

Die Jusos Sachsen unterstützen und beteiligen sich an den Aktionen zur Erhaltung der freien Radios in Sachsen.

Wir fordern die Sächsische Landesanstalt für Privaten Rundfunk und Neue Medien (SLM) auf die bestehende UKW- Übertragung von RADIO BLAU, Coloradio und Radio T weiter zu gewährleisten und die Freien Radios in Sachsen in Zukunft stärker zu unterstützen.

Die Jusos Sachsen setzen sich für den Erhalt der freien Sender ein. Um dieses Ziel zu erreichen ist es unbedingt erforderlich, dass die öffentlichen Finanzmittel mindestens bestehen bleiben.

Beschluss WS1

Nachhaltige Politik braucht keine Public-Privat-Partnerships

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Sachsen und den Bundeskongress der Jusos zur Überführung an den Bundesparteitag der SPD.

Wir fordern eine nachhaltig ausgerichtete Politik von Stadt und Land. Dieser Maxime dienend soll es nicht möglich sein, aktuelle Haushalte zu schonen, in dem sogenannte Sale-and-Lease-Back-Verträge abgeschlossen werden.

Der besondere Fall des Cross-Border-Leasings stellt dabei keine Ausnahme dar. Wir lehnen es ab, dass öffentliche Haushalte Gewinne auf Kosten öffentlicher Haushalte anderer Länder generieren.

Wir fordern, dass öffentliches Eigentum nicht in private Hände fällt, wenn die öffentliche Hand dieses Eigentum weiterhin nutzt oder nutzenstiftend betreiben kann. Ein Verkauf mit anschließender Rückmietung oder Leasing in jeder Form ist nicht nachhaltig und geht besonders auf Kosten der SteuerzahlerInnen zukünftiger Generationen.

Wir lehnen Public-Privat-Partnerships (PPP) grundsätzlich ab. Im Allgemeinen halten wir die klassische Finanzierung über Bankdarlehen und Eigenbetrieb von öffentlichen Aufgaben für zielführender, kostengünstiger und gemeinwohltiftender als die Einbeziehung von privaten Investoren zum Zwecke der momentanen Haushaltsentlastung.

Beschluss WS2

Erhöhung des Landeszuschuss für Krippen,- Kiga,- und Hortplätze

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

Die Jusos fordern eine Erhöhung des Landeszuschuss für Krippen,- Kiga,- und Hortplätze um 10 % zum derzeitigen Stand. Weiterhin wird die prozentuale Entkopplung der Elternbeiträge vom Betriebskostenergebnis verlangt (SächsKitaG § 15 Abs. 2).

Die kostenlose KiTa bleibt weiterhin unser Ziel.

Beschluss WS3

Wohlstand messen - aber nicht mit dem BIP!

Zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion:

Die Jusos fordern die SPD auf, sich für den verstärkten Einsatz des 'Index of Economic Well-Being' (IEWB) anstelle des BIP einzusetzen, da dieses lediglich das Wohlstandspotenzial misst. Dies soll in erster Linie bei internen Veröffentlichungen und den Publikationen der nahen Stiftungen stattfinden.

Weiterhin soll durch gezielte Anfragen darauf hingearbeitet werden, die Datenerfassung des statistischen Landes- bzw. Bundesamtes derart ausgeweitet wird, dass der IEWB für Deutschland auf einer soliden Datenbasis beruht.

Letztendlich soll dieser Index stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung und der Entscheidungsträger rücken, damit Wachstum und Wohlstand sachlich bewertet werden können.

Beschluss WS4

Die Rente sichern! Förderung der Privatvorsorge einstellen!

Zur Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos und den Landesparteitag der SPD Sachsen:

Die Jusos Sachsen fordern:

- die Festlegung einer Höchstrente in Höhe des 3-fachen sozio-kulturellen Existenzminimums
- die Festlegung einer Mindestrente in Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums
- die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
- eine Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlage durch Einbeziehen aller Einkommensarten
- die Anrechnung von Pflege, Studium und Erziehungszeit, dabei werden Pflege und Erziehungszeit zu 100% und das Studium zu 60% angerechnet. Die Zahlung der Beiträge erfolgt mittels staatlicher Zuschüsse.
- die Festlegung des Renteneintrittsalter auf 60 Jahre, wobei der Vollanspruch ab 40 Beitragsjahren oder 65 Lebensjahren erfolgt
- einen Ausbau von Altersteilzeitregelungen

Weiterhin ist die Förderung privater Rentenvorsorge schnellstmöglich komplett einzustellen!

Zu bereits bestehenden Förderungen ist eine tragfähige Auslaufslösung zu erarbeiten!

Das hat drei entscheidende Gründe:

1. Wenn jeder an sich denkt, ist nicht an alle gedacht!

Die Förderung privater Vorsorge ändert nichts an der Verteilung des Reichtums in Deutschland. Dieser Fakt ist zumindest in Bezug auf die Rente an sich neutral.

Im Zusammenhang mit der Rentenvorsorge wird das allerdings insofern zum Problem, als das grundlegende materielle und eventuell sogar soziokulturelle Existenzminimum als Konstante zu gelten hat. Diese minimale Konsumquote geht vom verfügbaren Einkommen eines jeden automatisch ab und vermindert die Möglichkeit der betreffenden Person, zu sparen. Da private Rentenvorsorge eine Form des Sparens darstellt, ist die Möglichkeit zur Vorsorge mit steigender Konsumquote beeinträchtigt. Und die Konsumquote ist bei denen unbeeinflussbar hoch, bei denen der oben erwähnte Mindestkonsum einen Großteil des Einkommens in Anspruch nimmt.

Im Klartext heißt dies: Arme Leute können nicht oder nur minimal vorsorgen! Alle Vorsorgeleistung für die Betroffenen müsste also, unabhängig von der konkreten Ausgestaltung, durch Umverteilung gewährleistet werden.

2. Kapitaldeckung ist eine unsoziale Illusion!

Wer in den 80er und 90er Jahren aufgewachsen ist, weiß spätestens seit den Aktionen von Greenpeace eines: Geld ist nicht essbar!

Das heißt, dass der gesamte Konsum einer Gesellschaft (und damit auch ihrer Rentner) nur aus der produktiven Leistung der arbeitenden Bevölkerung gedeckt werden kann. Güter, die nie produziert werden, können nicht konsumiert werden. Geld regelt nur die Verteilung dieser Produktion und auch das nur so lange, wie an seinen Wert geglaubt wird, sei es durch Golddeckung oder durch eine entsprechende Anzahl an Produzenten, die es als Zahlungsmittel für den Tausch gegen ihre Waren/Dienstleistungen akzeptieren.

Das wiederum bedeutet vor allem, dass, gesamtgesellschaftlich gesehen, das Sparen von heute nicht unbedingt dem Konsum von morgen entspricht.

Eine weitere Bedeutung ist, dass, egal in welcher Form es geschieht, sei es kapitalgedeckt oder umlagefinanziert, staatlich oder privat, IMMER die Arbeitenden einen gewissen Teil ihrer produktiven Leistung dem Rest der Gesellschaft zur Verfügung stellen müssen. Jeglicher

Konsum der Nicht Arbeitenden, seien es Kinder, Rentner oder Arbeitslose, geht von den Einkommen der Arbeitenden ab – seien sie Vorstandsvorsitzende oder Fließbandarbeiter.

Einen Ausweg aus dieser Misere scheint das Prinzip der offenen Volkswirtschaft aufzuzeigen, indem Länder mit zukünftig schwacher Demographie – sprich: vielen Alten und wenigen Jungen – ihr momentan noch starkes Geld in Ländern mit besserer Demographie – sprich: vielen Jungen und wenigen Alten – investieren, um später die Rendite dieser Beteiligungen zurück zu sich zu transferieren.

Leider zeigt die Empirie (u.a. in Daten von Deutsche Bank Research und der Statistischen Abteilung der UN) hier eindeutig, dass es einen klaren Zusammenhang zwischen Pro-Kopf-Einkommen und demographischer Situation gibt. Die Länder mit besserer Demographie sind dabei im Schnitt deutlich ärmer als die Länder, denen sich das Problem der Überalterung stellt. Unabhängig von theoretischen Interpretationen über die Ursachen dieses Zusammenhangs bedeutet das also, dass, sich von den Ländern mit besserer Demografie die Renten finanzieren zu lassen, einem umgekehrten „Robin Hood“-Prinzip entspricht – man nimmt von den Armen und gibt den Reichen – da die Investitionen von Rentenfonds nicht wertschöpfungs- sondern renditeorientiert sind.

Weiterhin bewegt sich volkswirtschaftlich gesehen (und nur das kann für eine Bundespartei primär relevant sein) der Reibungsverlust privater Kapitaldeckung durch die vielen parallelen Fixkosten und die nicht gemeinwohlorientierte Verwendung der Überschüsse bereits locker im zweistelligen Prozentbereich, was deren Erwünschtheit von Staats wegen zusätzlich in Frage stellt.

Und wie es um die generelle Sicherheit von Rentenfonds und deren Renditeversprechungen steht, hat die Finanzkrise eindrucksvoll gezeigt. Sobald das Investment in größerem Maße fehlschlägt, besteht die Gefahr eines Totalverlustes der Altersabsicherung. Von der in jedem Fall erhöhten Komplexität des Alltags die ganz im Sinne einer „Öffentliches Gut“ Problematik ab einem gewissen Grad zur Minderung der individuellen Lebensqualität führt, soll dabei hier nicht einmal die Rede sein.

3. Der Teufel an der Wand ist nur mit Tinte gemalt!

Die Debatte um die demographische Herausforderung, vor der Deutschland steht, wird in hohem Maße ideologisch und unsachlich geführt. Stumpfe Haudrauf-Argumente triumphieren dabei häufig über nüchterne Analyse.

Ohne Zweifel zeigen dabei die Prognosen, die unter anderem, aber nicht nur, das statistische Bundesamt liefert, dass die deutsche Gesellschaft in Zukunft einen höheren Altersschnitt haben wird und die einstmalige Alterspyramide einer Urnenform in der Altersverteilung Platz machen wird. Das heißt aber nicht, dass dies tatsächlich die Vielzahl an Maßnahmen rechtfertigt, die im Namen der Demographie getroffen wurden und werden.

Für die Intention dieses Antrags sind dabei vor allem zwei Aspekte interessant: die Versorgungsrelation und die Produktivitätsentwicklung.

Wenn wir uns mit der Versorgungsrelation beschäftigen, denken wir immer zuerst daran, dass in Zukunft immer weniger Junge immer mehr Alte mitversorgen müssen. Wir neigen dazu, zu vergessen, dass die arbeitende Bevölkerung in Deutschland noch mehr Menschen mitversorgt als die Alten. Kinder, Arbeitslose und nicht arbeitsfähige Menschen werden genauso mitversorgt, wie Menschen, die gar nicht offiziell als arbeitslos gemeldet sind, weil sie nicht nach Arbeit suchen, oder solche, deren Lohn schlichtweg nicht zum Leben ausreicht und die deswegen Aufstockungsleistungen erhalten. In eine seriöse Versorgungsrelationsrechnung

müssten alle diese Menschen mit einbezogen werden. Das Bild, das sich dabei ergäbe, wäre ein vollkommen anderes als wenn man lediglich die Rentnerzahlen aufrechnet. So bedeutet in etwa bereits der Mangel an zu versorgenden Kindern finanziell nichts anderes als eine Entlastung der arbeitenden Bevölkerung, die Potentiale eröffnet, um die demografische Herausforderung schadlos zu meistern. Und die vielen Arbeitslosen in diesem Land verdeutlichen, dass das gegenwärtige Konsumniveau – und sogar noch mehr, denn wir sind eine Exportnation – mit bedeutend weniger als den verfügbaren Arbeitskräften gehalten werden kann. Was sich für uns also maximal verändert, ist die Struktur des Konsums, da unterschiedliche Gruppen unterschiedliche Konsumbedürfnisse haben.

Zudem greift am gleichen Punkt auch der zweite Aspekt massiv ein – die konstante Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Das Statistische Bundesamt hat zum Beispiel für den Zeitraum von 1991 bis 2006 eine inflationsbereinigte Produktivitätssteigerung von im Schnitt 32,4% nachgewiesen. Und das ist kein Einzelfall, wie schon die Faustregel zeigt, dass ein Wirtschaftswachstum von 2% in etwa arbeitsplatzneutral sei. Rationalisierung von Arbeitskraft bei steigender Produktion bedeutet nichts anderes als Produktivitätszuwächse. Diese gab es in der Geschichte der Industrialisierung schon immer. Nicht anders ist zu erklären, dass wir heutzutage trotz einer signifikant schlechteren Relation von Jung und Alt allesamt viel reicher sind als die Menschen des Jahres 1900. Es gibt keinen vernünftigen Grund, anzunehmen, dass diese Beinahe-Konstante „Produktivitätszuwachs“ in Zukunft gen null tendieren sollte.

Fakt ist, die Private Rentenvorsorge ist volkswirtschaftlich ineffizient, sowohl national als auch international unsozial und in Bezug auf das angebliche Grundproblem der Alterssicherung vollkommen wirkungslos ist.

Die Rente war sicher!

Und sie wird es auch wieder werden!

Beschluss WS 8

Weil Verhütung Kopfsache ist – Kostenbefreiung beim Erwerb der Pille für Studentinnen und Auszubildende

Zur Weiterleitung an die Landtagsfraktion:

Die Jusos fordern die sozialdemokratische Fraktion auf, sich für die Kostenbefreiung für Leute ohne oder mit nur geringem Einkommen oder Vermögen, wie Arbeitslose, GeringverdienerInnen, Studierende, SchülerInnen oder Auszubildende, beim Erwerb von Verhütungsmitteln wie Pille und Kondomen einzusetzen und fordern, dass, wenn es allein um die Verschreibung der Pille geht, keine Praxisgebühr fällig wird.

Beschluss UV 1

100 % erneuerbare Energien sind möglich und nötig!

Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag:

Die Jusos Sachsen fordern die sächsische SPD auf, die energetische Zukunft Sachsens nachhaltig und ökologisch zu gestalten. Wir fordern 100 % erneuerbare Energien für Sachsen.

Die regierenden Parteien aus CDU/ FDP besitzen weder den Mut, noch den politischen Willen die sächsische Energiepolitik zu reformieren und „zukunftsfähig“ zu machen.

Aus diesem Grund fordern wir, Jusos Sachsen, den Landesparteitag der sächsischen SPD auf, ein deutlich ökologischeres und energiepolitisch nachhaltigeres Profil zu geben.

Nach zahlreichen enttäuschenden internationalen Klimakonferenzen muss unser Land, wie so oft, selbst voran gehen und seine Möglichkeiten nutzen. Die Frage der erneuerbaren Energien kann auch ohne internationale Verhandlungen durch Innovation und einem Angebot für alle zu 100 % umgesetzt werden. Die Sozialdemokratie muss mutigen Schrittes vorangehen!

Einsparen in Zeiten klammer Haushaltskassen ist zu relativieren, denn wir dürfen nicht an den falschen Stellen sparen. Dies kommt uns sonst zu späterem Zeitpunkt deutlich teurer zu stehen. Die suggerierte Angst vor den Kosten ist gerade in Sachsen verleumderisch. Sachsen besitzt hervorragende Industrieunternehmen zur Produktion von Solarzellen und Windkraftanlagen. Die Staatsregierung hat selbst schon die in diesem Sektor entstandenen Arbeitsplätze verdeutlicht und auf die potentiellen Zuwächse verwiesen. Nun gilt es diesen Wirtschaftszweig in Sachsen noch fester zu verankern und somit neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Bei Zukunftstechniken eine Vorreiterrolle einzunehmen, lohnt sich immer. Aus diesem Grund muss Sachsen bundesweites Vorbild werden!

Die Einspeisevergütungen für Solar- und Windstrom dürfen der schwarz-gelben Bundesregierung nicht zum Opfer fallen. Der Koalitionsvertrag der CDU-FDP in Sachsen besagt, „Wir unterstützen die Errichtung von Solaranlagen auf insgesamt 20.000 qm Dachfläche öffentlicher Gebäude und vermarkten diese Möglichkeit öffentlichkeitswirksam.“ Diese angestrebte Dachflächennutzung bildet nur ein Minimum des Möglichen ab und ist nichts weiter als eine Marketingaktion. Die klare Forderung muss die Nutzung aller solargeeigneter öffentlicher Dachflächen sein. Unter Betrachtung aller Wohngebäude sind in etwa 60 % für eine Nutzung von Solarenergie geeignet. Das bedeutet allein für die Stadt Chemnitz, bei etwas mehr als 30.000 erfassten Wohngebäuden, ca. 1,7 Mio m² solargeeignete Dachfläche. (Quelle Klimaschutzbericht der Stadt Chemnitz)

Neue Kohle- oder Erdgaskraftwerke zu errichten, ist eine volkswirtschaftliche Fehlinvestition. Die CO₂-Abscheidung und unterirdische Einlagerung (CCS) soll hohe CO₂-Emissionen in die Atmosphäre verhindern und die Braunkohle klimaverträglicher machen. Dies bringt neue Probleme mit sich und ist Augenwischerei, denn die Lagerung von CO₂ im Untergrund ist nicht ungefährlich. Zu wenig sind die Auswirkungen dazu erforscht. Zusätzlich dazu benötigt die CO₂-Abscheidung sehr viel Energie, was unweigerlich den Wirkungsgrad des Kraftwerks herabsetzt. Dies hätte zur Folge, dass noch mehr Kohle verbrannt werden müsste. Dadurch würde der Strompreis unweigerlich steigen. Für das abgetrennte CO₂ gibt es in Deutschland keine ausreichenden Speicher und die Betreiber der Kraftwerke wollen mitunter nur für 10 Jahre eine Garantie übernehmen. Selbst eine Garantieübernahme für einige Jahrzehnte und Instandhaltung der Anlagen in dieser Zeit bedeutet, dass am Ende wieder der Steuerzahler belastet wird. Mit welchen Kosten dies verbunden sein kann sehen wir schon am Beispiel der Atomendlagerfrage. Allein für das Endlager „Asse“ wird der deutsche Steuerzahler mit 4.Mrd Euro aufkommen müssen. Wir sollten ein solches Risiko nicht ein zweites Mal eingehen. Ein weiteres Problem wäre der verdoppelte Verbrauch an Frischwasser. Laut der Australischen National Water Commission verbraucht ein Kraftwerk mit CO₂-Abscheidung ein Viertel bis ein Drittel mehr Frischwasser als ein Kohlekraftwerk ohne CCS Technik. Entsprechend den Klimaprognosen wird aber gerade das Wasser in den kommenden Jahren immer knapper werden. Eine Möglichkeit den Wettbewerb realistischer zu gestalten wäre die Förderabgabe entsprechend dem Bundesbergbaugesetz anzusetzen. Da dies in Sachsen bisher nicht der Fall

ist, fordern wir eine progressiv ansteigende Förderabgabe, die bis zu 10 % des Marktwertes für Braunkohle anzusteigen soll. Sachsen erhebt bisher keine Förderabgabe, obwohl dies dem Freistaat zusteht. Bei einem niedrigen Preis von 10 Euro je Tonne beläuft sich die Höhe der indirekten Subvention in Sachsen auf ca. 30 Millionen Euro! Beziehungsweise subventioniert schwarz-gelb somit jeden Braunkohle-Arbeitsplatz mit 17.000 € im Jahr. Braunkohle ins Museum! Die durch die Fokussierung auf erneuerbare Energien wegfallenden Arbeitsplätze in den Tagebauten und Weiterverarbeitungsstätten können ohne Probleme im wachsenden Wirtschaftszweig der erneuerbaren Energien aufgefangen werden.

Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag ist ein Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Sachsen bis 2020 auf von 24 % vorgesehen. Dies ist ein ehrgeizloser Plan der Regierung. Allein durch die derzeitige Entwicklung, unter Berücksichtigung einer möglichen Abschwächung, würde dieser Wert klar überschritten. Schwarz-gelb kann und will es nicht. Wir können und wollen es. 100 % erneuerbare Energien bis 2040 sind absolut möglich. Dieses Ziel zu erreichen ist auch schneller realistisch, nur dürfte der politische Wille von schwarz-gelb für die nächsten fünf Jahre kaum zu bewegen sein.

Der Koalitionsvertrag sieht in begrenztem Maße Neubau und Sanierung staatlicher Gebäude vor. Der Freistaat muss sich ambitionierte Ziele setzen und auch den Kommunen helfen, denn diese können die Energiewende nicht allein finanzieren. Dafür gilt es Förderprogramme zu schaffen und bestehende auszubauen. Das Ziel kann an dieser Stelle nur der Neubau aber auch vor allem die Sanierung aller öffentlichen Gebäude unter umwelt- und energietechnischen Aspekten sein. Die Fragen der Energieeffizienz dürfen nicht nur angeschnitten und halbherzig erwähnt werden. Ohne Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Energieeffizienz gelangen wir in eine Sackgasse. Die Energieeinsparung ist der Schlüssel für weitere Innovation und Fortschritt. In der Betrachtung der Einsparmöglichkeiten im Privaten sowie in der Industrie liegen gewaltige Potentiale um den steigenden Energiebedarf der Gesellschaft kompensieren. Wir stellen daher das gesamtgesellschaftliche Ziel, die Energieeffizienz um 30 % bis zum Jahre 2025 zu steigern. Dafür fordern wir auf Bundesebene die Einführung des „Top Runner“ Ansatzes, d. h. das energieeffizienteste Gerät einer Produktkategorie wird innerhalb eines Jahres zum Standard erklärt, den alle Konkurrenzprodukte erreichen müssen.

Beschluss UV 2

Bewusst und nachhaltiger ernähren: Welternährungs- und Umweltproblematik anpacken

Zur Weiterleitung an den Bundeskongress

Wir Jusos stehen für eine gerechte Gesellschaft und nachhaltige Entwicklung. Mit dieser Einstellung dürfen wir nicht an den Grenzen Deutschlands Halt machen.

Der gestiegene Verbrauch von Fleisch in unserer Gesellschaft steht diesem Ziel klar entgegen, da er weltweit stark zu Lasten der weniger entwickelten Länder geht.

Das primäre Ziel sollte daher sein, Fleisch bewusster zu konsumieren und zu produzieren, um langfristig den Fleischkonsum und damit auch die Fleischproduktion wieder zu senken. Auf dem Weg dahin sollte eine offene Diskussion zu dem Thema angeschoben werden, die das Bewusstsein der Verbraucher/-innen stärkt. In diesem Zusammenhang muss über die Folgen des Fleischkonsums aufgeklärt werden, um einen bewussten Umgang mit diesem Nahrungsmittel herzustellen.

Wir fordern daher:

- 1.) Eine umfassende Überprüfung der EU-Agrarpolitik. Insbesondere sind hierbei die Agrarsubventionen zu Gunsten der biologischen Landwirtschaft¹ umzustellen, wie auch bei Vergabe der Subventionen auf eine hauptsächlich auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichtete Produktion zu achten ist. Exportbeihilfen und Subventionen für die Produktion von vorrangig für den Export bestimmter Agrarerzeugnisse sind im Sinne eines fairen Marktzugangs vor allem für sich entwickelnde Länder abzuschaffen.
- 2.) Eine stärkere allgemeine Förderung für die biologische Landwirtschaft, insbesondere bezogen auf die Tierhaltung und den damit verbundenen Futtermittelanbau.
- 3.) Eine umfassende Informations- und Aufklärungskampagne der Bundesregierung zum Fleischkonsum und seinen Folgen für die Umwelt, die Welternährung und den Klimawandel.
- 4.) Die durchgehende Verankerung von Themen der Welternährung und Umweltentwicklung in den schulischen Lehrplänen von der ersten Klasse an sowie deren praktische Umsetzung im Schulalltag. Dazu gehören insbesondere die Angebote der Schulspeisung, aber auch Lernangebote zur bewussten Ernährung, welche die globalen Auswirkungen unseres Konsums berücksichtigt.
- 5.) Eine intensivere Diskussion insbesondere des Welternährungsproblems und seinen Auswirkungen bei den Jusos auf Bundesebene. Dies kann beispielsweise mit Hilfe von Seminaren, Publikationen, Arbeitskreisen, Workshops oder Tagungen geschehen.
- 6.) Die Jusos Sachsen gehen mit gutem Beispiel voran. Auf allen Veranstaltungen, die bis zu drei Tagen andauern, werden Warmspeisen ausschließlich vegetarisch angeboten. Hierbei wird angestrebt, dass alle Speisen aus ökologischer Produktion stammen.

Beschluss B1

Bildungspolitische Eiszeit - Positionierung der Jusos Sachsen zum Bildungsteil des Koalitionsvertrages zwischen CDU und FDP

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Dieser Antrag stellt eine Auseinandersetzung der Jusos Sachsen mit dem Bildungsteil des Koalitionsvertrags der neuen schwarz-gelben Landesregierung dar und soll die einzelnen bildungspolitischen Fehler der liberal-konservativen Politikvorhaben für die nächsten Jahre aufzeigen.

Der Koalitionsvertrag trägt klar die Handschrift einer Regierung, die Chancengleichheit und Durchlässigkeit zugunsten von wirtschaftlichen Beweggründen und Elitebildung hinten anstellt. Erfolgreiche Konzepte, die die SPD in der vergangenen Regierungsperiode in die sächsische Bildungspolitik werden teilweise aufgegriffen, aber durch halbherzige und unkonkrete Formulierungen verwässert, andere werden, wie die Gemeinschaftsschule, abgewickelt.

¹ Gemäß EU-Richtlinie zu biologischer Landwirtschaft. Siehe dazu: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/consleg/1991/R/01991R2092-20070101-de.pdf>. [Letzter Zugriff: 22.10.2009]

Diese bildungspolitischen Vorhaben führen zu einem stark selektiven und undurchlässigen Bildungssystem, wie es Sachsen in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte.

Daher ist es unsere Aufgabe die Arbeit der neuen Regierung, gerade im bildungs- und hochschulpolitischen Bereich, kritisch zu begleiten. Als Grundlage dafür dienen unsere bereits gefassten Beschlusslagen, die wir bei der Bewertung und Positionierung gegenüber der Politik der neuen Regierung umzusetzen haben. Wir müssen durch parlamentarische und außerparlamentarische, durch eigene und kooperative, Aktionen und Veranstaltungen das Thema „Bildung“ in die Öffentlichkeit bringen. Dies ist der einzige Weg, uns der jungen Generation als bessere Alternative zu präsentieren und vielleicht die schlimmsten Vorhaben der schwarz/gelben Regierung zu verhindern.

Allgemeines:

Im Koalitionsvertrag sind Bildungsziele formuliert, die sich auf den ersten Blick mit unseren decken. Im Einzelnen wären das aktive Teilhabe an der Gesellschaft und Förderung des sozialen Zusammenhalts, sowie chancengerechte und individuelle Bildung. Das zukünftige Regierungshandeln wird zeigen, ob dies erreicht werden kann. Wenn man aber die dafür vorgesehenen Grundsätze und die daraus resultierenden Maßnahmen betrachtet, dann erscheint es doch sehr fraglich, ob wirklich ein freier und gerechter Zugang zu Bildung für alle Menschen hergestellt werden kann. Als einzige Antwort darauf, bietet man finanzielle Investitionen in die Bildung an, die zweifelsohne dringend notwendig sind, wobei aber vergessen wird, dass nicht alle Probleme des Bildungssystems durch Geldmittel gelöst werden können. Der Koalitionsvertrag zeigt, dass andere Handlungsfelder wie beispielsweise Integration oder Ausgleich der Bildungschancen, die durch soziale Ungerechtigkeit hervorgerufen wurden, nur halbherzig oder gar nicht angegangen werden.

Als zentrales Ziel der schwarz-gelben Bildungspolitik formuliert man, dass künftig vor allem junge Menschen ausgebildet werden sollen, die wettbewerbsfähig sind, und durch ihre Abschlüsse in erster Linie zum gesellschaftlichen Aufstieg befähigt werden sollen. Mit anderen Worten eröffnet sich hier der klare Vorsatz 'Eliten' zu bilden. Dabei scheint eine breite, freie und gerechte Bildung für alle Menschen zweitrangig zu sein. Auch die Betonung der Verantwortung der Eltern, die Erziehung der Kinder zu bestimmen, offenbart, dass die gesellschaftliche sowie staatliche Verantwortung als weniger bedeutsam angesehen wird. Mehrmals findet sich im Koalitionsvertrag die Formulierung, dass Chancengleichheit bei Bildung und beruflicher Integration gefördert werden soll, wobei man aber die Antwort schuldig bleibt, wie das geschehen soll.

Bereich KiTa / Vorschule:

Der Koalitionsvertrag zeigt eindeutig eine Betonung der Erziehung von Kindern im häuslichen familiären Umfeld. Damit wird die KiTa, als erster Ort der Bildung junger Menschen, zurückgedrängt, was dazu führt, dass die Eingruppierung junger Menschen in soziale Schichten verstärkt wird, da eine Durchmischung, wie sie in der KiTa erfolgt, weniger stattfinden soll. Als Ergebnis werden Defizite bei der Ausbildung sozialer Kompetenzen festzustellen sein.

Der Ausbau der Familienbildung in Kindertagesstätten und Schulen ist unverstänlich, da nicht ausgeführt wird, was Familienbildung ist. Die Förderung von Betriebskindergärten und die Einrichtung flexibler Öffnungszeiten der KiTas ist grundsätzlich zu unterstützen, aber da diese Angebote an berufstätige Eltern und Alleinerziehende gerichtet sind, werden nichtberufstätige Eltern und Alleinerziehende, die oftmals aus den unteren sozialen Schichten kommen, ausgeschlossen, obwohl sie ebenso zeitlichen Freiraum – u. a. um Wege zurück in die

Berufstätigkeit zu finden – benötigen. Außerdem ist das anvisierte Ziel, die flexiblen Öffnungszeiten an 5 % aller KiTas einzurichten, viel zu niedrig gefasst.

Des Weiteren nimmt sich die Koalition beim Thema Ausbau der Kindertagesstätten aus der Verantwortung, da man zwar eine Notwendigkeit eingesteht, aber bei der Finanzierung auf den Bund bzw. den europäischen Sozialfond verweist.

Bei der Finanzierung der bestehenden KiTas werden die Eltern nicht entlastet, denn nach der Formulierung im Koalitionsvertrag bleibt die bisherige anteilige Finanzierung durch Land, Kommunen und Eltern bestehen. Einzig erfreulich ist dabei, dass der Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot ab dem vollendeten 1. Lebensjahr bestehen bleibt, sowie das erste Vorschuljahr wie bisher beitragsfrei gestaltet wird.

Das Vorhaben schon im KiTa-Bereich und später in der Grundschule Begeisterung und Fähigkeiten für Technik und Naturwissenschaften zu erreichen, ist ein wichtiges Ziel, das aber geprägt ist von den Interessen junge Menschen anhand des Wettbewerbs zu erziehen. Dabei werden andere Gebiete, wie beispielsweise Geistes- oder Gesellschaftswissenschaften ausgenommen, die aber ohne Zweifel ein wichtiger Bestandteil eines umfassenden Bildungsangebots sind und zu denen auch Menschen aus allen sozialen Schichten gleichwertig Zugang haben sollten. Jenes also widerspricht der Formulierung in der Präambel des Bildungsteils des Koalitionsvertrages, in der explizit auf den ganzheitlichen Bildungsansatz und das humanistische Bildungsideal verwiesen wird.

Von Seiten der SPD wurde in die alte Regierung ein sogenannter Bildungsplan eingebracht, der durch verbindliche Abmachungen, die Ausbildung junger Menschen regeln sollte. Daran möchte die Koalition festhalten, wobei der neue Bildungsplan nur bis zum 10. Lebensjahr reichen soll, was unzureichend ist, da nach unserer Auffassung ein Bildungsplan deutlich länger angewandt werden sollte.

Bereich Schule:

Der Koalitionsvertrag hält am überholten selektiven Schulsystem fest. Das Projekt Gemeinschaftsschule wird beendet und auch die im Vertrag angekündigte verbesserte Durchlässigkeit – Übergang an das Gymnasium nach der 4. und 6. Klasse – kann nicht als solche betrachtet werden. Die jungen Menschen werden klar aufgeteilt in Mittelschüler/innen und Gymnasiast/innen ohne dabei eine wirkliche Durchlässigkeit bis zur 10. Klasse oder gar ein langes gemeinsames Lernen in Betracht zu ziehen. Auch widerspricht es der Chancengleichheit wenn bei der Bemessung des Zugangs an die Gymnasien eine Bildungsempfehlung ausschlaggebend ist, die rein auf den Notendurchschnitt basiert. Individuelle Beratung und Herausarbeitung der Stärken und Schwächen von Schüler/innen sowie die Feststellung individueller Lernerfolge bleiben dabei außen vor. Somit sind alle Schüler/innen den jeweiligen Situationen an ihren Schulen, die großen Einfluss auf die Notengebung ausüben, unterworfen, was dem Zugang zum Gymnasium betrifft. Der Koalitionsvertrag zeigt deutlich, dass am Zwei-Klassen-System im Bereich schulischer Bildung festgehalten wird, was gerade Schüler/innen aus bildungsfernen Schichten den freien Zugang zu allen Bildungsangeboten erschweren wird.

Die Vorhaben, das öffentliche Schulnetz zu sichern sowie den baulichen Zustand und die Ausstattung der Schulen zu stärken, sind im Koalitionsvertrag erwähnt, ohne dass klare Vorgehensweisen dargestellt werden. In diesem Zusammenhang spricht man von Zumutbarkeit, ohne dass hierbei eine genaue Festlegung erfolgt.

Ähnliches gilt für Ganztagsangebote an den Schulen, die erweitert werden sollen, ohne dass konkrete Vorstellungen dazu entwickelt werden. Vielmehr gibt man dazu die Verantwortung an die jeweilige Schule vor Ort ab.

Das Ziel die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken ist zu unterstützen. Aber auch hierbei fehlt es an konkreten Vorstellungen, die über die Einrichtung eines selbstständigen Budget hinausgehen, was den Eindruck erweckt, dass dadurch nur der staatliche Auftrag zur finanziellen Absicherung der Schulen in die Hände der Schulen selbst gelegt werden soll. In diesem Zusammenhang ist auch die weitere Dezentralisierung der sächsischen Bildungslandschaften zu nennen, indem die Bildungskonzeptionen hauptverantwortlich an die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden sollen.

Das Vorhaben für Berufs- und Studienorientierung mit außerschulischen Partnern zu kooperieren ist richtig. Jedoch scheinen hier auch nur die Felder von Technik und Naturwissenschaften im Blickfeld der Betrachtungen und die Geistes- und Sozialwissenschaften bleiben außen vor.

Im Bereich Lehrer/innenausbildung möchte die schwarz-gelbe Koalition den Bedarf an Lehrer/innen qualitativ und quantitativ absichern. Wie das genau geschehen soll, wird im Koalitionsvertrag nicht erwähnt. Einzig auf die Sonderpädagog/innen wird eingegangen, denen besondere Beachtung geschenkt werden sollte. Kein Wort wird dabei über die überaus selektive sächsische Förderschule verloren, die junge Menschen mit Behinderung vom freien und gerechten Zugang zur Bildung ausschließt.

Die angestrebte leistungsbezogene Vergütung von Lehrer/innen und Flexibilität beim Personaleinsatz beschneidet die Lehrer/innen an den Schulen in ihren Arbeitnehmer/innenrechten. Eine leistungsbezogene Vergütung schafft Missgunst und Neid im Kollegium und darüber hinaus wird nicht aufgeführt, welche Kriterien der leistungsbezogenen Vergütung zu Grunde liegen sollen. Flexibilität beim Personaleinsatz (auch zwischen verschiedenen Schulformen) führt dazu, dass Lehrer/innen womöglich nicht mehr nach ihrer wissenschaftlichen Ausbildung eingesetzt werden oder das Unsicherheit bezüglich der Arbeitsstelle, dem Wohnort etc. vorherrschen. Vielmehr sollte über die inhaltliche Ausgestaltung der Lehrer/innenausbildung nachgedacht werden, um vor allem die Qualität der schulischen Lehre zu sichern. Hierbei muss neben der fachlichen Ausbildung die Vermittlung anwendbarer pädagogischer Konzepte im Mittelpunkt stehen.

Zu unterstützen ist das Vorhaben, ein einheitliches Zentralabitur in Deutschland zu erreichen. Hierbei ist auch das Vorgehen, als Zwischenschritt mit anderen Bundesländern zu kooperieren, zu befürworten. Vergessen wird aber dabei, dass das sächsische Abitur nicht der Maßstab für ein Zentralabitur sein kann, ohne das zumindest die eigene Oberstufenreform evaluiert und hinterfragt wird.

Die wichtigsten Menschen, um die es bei schulischer Bildung gehen kann, werden im Koalitionsvertrag komplett vergessen. Es sind nämlich keine Vereinbarung zur Schüler/innenmitbestimmung getroffen worden, wobei diese gerade das wichtigste Mittel zum Erlernen der demokratischen Grundsätze unserer Gesellschaft sind. Neben Staat, Lehrer/innen und Eltern sind es gerade die Schüler/innen, die an ihrer jeweiligen Schule mitgestalten sollten. Dies kann nur geschehen, indem man ihnen Verantwortung überträgt und ihnen auch die Fähigkeiten zur Wahrnehmung dieser Verantwortung zuerkennt.

Bereich Berufsausbildung:

Die Formulierung, dass die berufsbildenden Schulen aufgrund des propagierten demographischen Wandels an die stark rückläufigen Schüler/innenzahlen angepasst werden sollen, öffnet das Tor zu Schulschließungen. Hierbei erwarten wir von der neuen Regierung, dass besonnen vorgegangen wird und nicht aufgrund finanzieller Zwänge Schulen geschlossen werden, damit dann, gerade im ländlichen Raum, unzumutbare Anfahrtszeiten für

Schüler/innen entstehen oder Möglichkeiten zur Berufsausbildung aufgrund fehlender Angebote nicht mehr wahrgenommen werden können.

Im Koalitionsvertrag fehlen komplett Ausführungen zur demokratischen Mitbestimmung der Auszubildenden im Sinne der Berufsauszubildendenvertretungen und zu den Arbeitnehmer/innenrechten von Auszubildenden und Arbeitsschutz. Auszubildende stellen keine billigen Arbeitskräfte dar, sondern haben das Recht auf eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung und auf betriebliche Mitbestimmung.

Bereich Hochschulen:

Die liberal/konservativen Vorschläge zur Hochschulpolitik versuchen die geneigten Leser/innen in Sicherheit zu wiegen. Durch hohle Phrasen und Allgemeinposten versucht man die vorgesehenen Änderungen in schöne Worte zu fassen, ohne diese tatsächlich mit Substanz zu füllen.

Das Versprechen einer soliden Grundfinanzierung und finanzieller Planungssicherheit ist hierfür ein gutes Beispiel. Im Weiteren kommen dann aber Forderung nach einer stärkeren Drittmittelfinanzierung der Hochschulen und einer individuellen, leistungsbezogenen Bezahlung der Lehrkräfte. Spätestens dabei wird deutlich wohin der Trend geht, zu mehr Wettbewerb und weniger finanziellem Engagement des Landes.

Die Qualität des Studiums möchte man in der Breite nur sichern, die Eliten- und Exzellenzförderung hingegen soll ausgebaut werden. Dabei wird Sachsen als „Ingenieurschmiede Deutschlands“ betitelt. Keine Erwähnung finden die nicht profitablen Studiengänge im geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Das gleiche gilt für Institutionen wie die Schüler/innen- oder Senior/innenuniversität. Einzig die Einrichtung von Weiterbildungsangeboten für Berufstätige findet Eingang in den Koalitionsvertrag.

Über das Thema Langzeitstudiengebühren brauchen wir nicht reden. Die einzige offene Frage ist, wie lange das Versprechen von keinen gesetzlichen Studiengebühren dem Druck der FDP stand hält. Ein Stipendienprogramm als Studienfinanzierung, finanziert von Land und Wirtschaft, ist der erste Schritt zur Abschaffung des BAföGs. Auch hier offenbart sich die Bestrebungen nach mehr Wettbewerb und weniger staatlicher Finanzierung.

Das Bekenntnis zur verstärkten Kooperation zwischen Hochschulen und der Wirtschaft verheißt nichts Gutes. Ein Ausbau der profitablen Studiengänge und ein Rückbau bei wirtschaftlich nicht relevanten Studiengängen wird die Folge sein. Noch verheerender sieht die Lage aus, da die Koalition keine Aussage zu studentischer Mitbestimmung oder Selbstverwaltung trifft. Die Hochschule als Unternehmen, ohne „Kündigungsschutz“ und Studierendenrechte, scheint die Vision der Tigerente zu sein.

Bleiben noch die Pläne für mehr Freiheit und Verantwortung für die Hochschulen, gerade im Personalbereich, und die Evaluation des Bachelor/Master-Systems. Beides sicher unterstützenswert, wenn die richtige Intention dahinter steht. Diese und viele andere Antworten bleibt der Koalitionsvertrag leider schuldig.

Bereich Lebenslanges Lernen:

Alle Ausführungen zur lebenslangen Weiterbildung beschränken sich auf Formulierungen wie „wird angestrebt“ oder „wir werden darauf hinwirken“. Konkrete Vorhaben zur Weiterqualifikation und zum Lebenslangen Lernen lassen sich aus den Vereinbarungen, die zwischen der CDU und der FDP getroffen wurden, nicht erkennen.

Beschluss B2

Mindesausbildungs-Vergütung für Auszubildende

Weiterleitung an Landesparteitag der SPD und Bundeskongress der Jusos zur Überführung an den Bundesparteitag der SPD:

Wir fordern eine Mindest-Ausbildungsvergütung von monatlich 550 Euro für alle Ausbildungsberufe. Dabei muss sichergestellt sein, dass die von uns beschlossene Ausbildungsplatzumlage hoch genug angesetzt wird, um trotz dieser Erhöhung der Ausbildungsvergütung den Unternehmen ausreichende Anreize zu bieten um auszubilden.

Beschluss B3

LehrerInnenausbildung reformieren

Mit dem sozialdemokratischen Bildungskonzept, dass als zentrale Punkte eine Gemeinschaftsschule, Ganztagsangebote, ein längeres gemeinsames Lernen, und mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem fordert, hat die SPD einen klaren und guten Gegenentwurf zum dreigliedrigen Schulsystem und einen Fahrplan für eine Bildungsreform vorgelegt. Zu einer grundlegenden Reform des Bildungssystems gehört aber, dass die Lehrerinnen und Lehrer auf die neuen Anforderungen vorbereitet werden. Dies beginnt mit einer Reform der Lehramtsstudiengänge und endet in einer Überarbeitung der Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer.

Neue Schwerpunkte in der LehrerInnenausbildung setzen

Ein grundlegender Mangel in der heutigen LehrerInnenausbildung ist die didaktische Ausbildung. Den Studierenden müssen vermehrt didaktische Qualifikationen vermittelt werden. Das fachwissenschaftliche Studium muss stärker mit dem theoretischen Bereich der Vermittlung der Inhalte verzahnt werden.

Darüber hinaus bedarf es frühzeitiger Reflexionsphasen, um nicht erst zum Studienabschluss über die Fähigkeit zur Ausübung eines Lehramts entscheiden zu können.

Auch in der inhaltlichen Ausbildung müssen neue Anforderungen formuliert werden. So bedarf es einer Verbesserung der Medienkompetenz der LehramtsstudentInnen, um den Einbau moderner Informationstechniken in den Unterricht zu ermöglichen. Außerdem muss der Umgang mit gesamt-gesellschaftlichen Problemen, wie zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit, besser geschult werden. Zu einer guten Lehramtsausbildung gehört auch der Einblick in die aktuelle Forschung im jeweiligen Fachbereich.

Schulpraxis stärken, für eine realitätsnahe Ausbildung

Unter unzureichender pädagogischer Vorbereitung der Lehramtsstudierenden leiden nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer selbst. Bisher werden die Studierenden mit den wenigen und späten Praktika nur ungenügend auf das Unterrichten vorbereitet und dann im Referendariat ins kalte Wasser geworfen.

Wir fordern daher frühzeitige und wiederkehrende Schulpraktika und eine Art „duales Ausbildungssystem“, dass schon im ersten oder zweiten Semester Hospitationen vorsieht. In Zusammenarbeit und unter der Aufsicht der ausbildenden LehrerInnen sollen die LehramtsstudentInnen nach und nach Erfahrungen mit dem Unterrichten und dem Umgang mit den SchülerInnen sammeln. Dadurch dass immer erfahrene PädagogInnen den Unterricht

der StudentInnen begleiten, wird sichergestellt, dass die Kinder keine minderwertige Schulausbildung erhalten.

Das Studium einer Fremdsprache auf Lehramt muss verpflichtend mindestens ein Semester Auslandsaufenthalt in einem Land beinhalten, in dem die jeweilige Sprache Muttersprache ist. Die Umsetzbarkeit dieser Anforderung, wie etwa ein Zeitfenster im Studienablaufplan, Angebote für Studienplätze im Ausland und die ausreichende Finanzierung, müssen sichergestellt werden.

Infolge der geforderten realitätsnäheren, praxisnäheren Ausbildung sollte eine Verkürzung des Referendariats auf ein Jahr angestrebt werden.“

Weiterbildung ein Leben lang

Die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern findet zu selten, zu unprofessionell und nach dem Gießkannenprinzip statt. Den LehrerInnen wird keinerlei Orientierung bei der Wahl der Fortbildungsmaßnahmen gegeben.

Daher fordern wir die Einführung eines jährlichen persönlichen Fortbildungsplans für alle Lehrerinnen und Lehrer. Dieser muss regelmäßige thematische und methodische Fortbildung enthalten. Ein zweiter Schritt wäre die Bereitstellung eines breit gefächerten Weiterbildungsangebots für jede Schule, wodurch ermöglicht würde, dass jede Schule eine, den individuellen Bedürfnissen der Lehrerinnen und Lehrer entsprechende, inhaltliche und methodische Weiterentwicklung betreiben könnte. Diese Weiterbildungszeiten müssen als Arbeitszeit anerkannt werden.

Lehreraustauschprogramme und Auslandsaufenthalte, gerade bei FremdsprachenlehrerInnen, sollen stärker gefördert werden, um auch nach dem Studienabschluss das Gefühl für Kultur und aktuelle Entwicklung in den jeweiligen Ländern zu behalten.

Bologna-Prozess konsequent zu Ende denken

Durch die Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor und Master hat sich die Situation der Studierenden weiter verschlechtert. Es macht sich eine große Ungewissheit breit, ob jeder Bachelor-Absolvent auch einen, für den LehrerInnenberuf nötigen, Masterstudienplatz bekommt. Daher sind alle Bundesländer aufgefordert, gerade in Zeiten eines LehrerInnenmangels, ausreichend Master-Studienplätze zur Verfügung zu stellen. Die kann nur durch einen Rechtsanspruch auf den Master erreicht werden.

Darüber hinaus muss die Lehramtsprüfungsordnung (LAPO) an das neue Lehramtsstudium auf Bachelor und Master angepasst werden.

Beschluss B4

Sachsenweites Semesterticket

Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion und Landesparteitag

Die Jusos Sachsen fordern die SPD Landtagsfraktion auf, sich für die Einführung eines sachsenweiten Semestertickets einzusetzen. Das Ticket soll für alle Studentinnen und Studenten an sächsischen Hochschulen in allen sächsischen Verkehrsverbänden gelten.

Beschluss B5

Wir machen Gute Arbeit!

Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion und Landesparteitag

Studentische Hilfskräfte (SHKs) sind wissenschaftliche Beschäftigte an Hochschulen!

Gute Arbeit an den Hochschulen beinhaltet für uns:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**
Der Freistaat Sachsen ist gefordert, einheitliche Tarifverträge für alle Studierenden im Land abzuschließen, die einer studentischen Beschäftigung an Hochschulen nachgehen. Dabei sind Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland für gleiche Arbeit nicht mehr hinnehmbar. Die geltenden Regelungen müssen durchgesetzt werden, es darf keine Lohnunterschiede zwischen Fachhochschulen und Universitäten mehr geben. Eine Vorbildfunktion erfüllt für uns das Berliner Modell.
- **Personalrat**
Wir fordern eine angemessene Beteiligung der SHKs im Personalrat der jeweiligen Hochschule.
- **Vergütung in Geld**
Arbeit wird grundlegend nur in Geld vergütet.
- **Weiterbildung** für die Tätigkeit als SHK muss grundlegend **während der Arbeitszeit** geschehen.
- **Freizeitausgleich für Überstunden**
- **Öffentliche und transparente Ausschreibung**
- **Feiertags- und Nachtzuschlag**
- **Mutterschutz/Elternzeit**
- **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall**

Beschluss Ini 1

Solidaritätsbekundung mit den TeilnehmerInnen des Bildungsstreikes

Hier in Sachsen gab es in den letzten Wochen, wie auch in der ganzen Welt, Bildungsproteste. Es wurden die Universitäten in Dresden und Chemnitz, sowie auch das Rektorat der Uni Leipzig besetzt.

Wir Jusos Sachsen unterstützen die Ziele und Forderungen der Protestierenden in Sachsen voll und ganz.

Wir erkennen die Ausgestaltung des Bologna-Prozesses als wirtschaftsorientiert und undemokratisch geprägt an, sie folgt einem Bildungskonzept, das wir nicht teilen. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderungen nach mehr Demokratie und Transparenz an Hochschulen, den Verzicht auf Bildungsgebühren jedweder Art sowie der Öffnung der Hochschulen im Sinne einer Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen und einer Vergrößerung des Bildungsangebotes.

Der Bildungsstreik umfasst auch zurecht frühkindliche und Schulbildung. Diese leiden aufgrund der gegenwärtigen Regierungspolitik und des Systemcharakters von Bildung allgemein unter zusammenhängenden Problemen. Daher unterstützen wir auch alle

Initiativen in den genannten Bereichen, welche die Bildung insgesamt verbessern und demokratisieren wollen.

Dies ist auch in den Anträgen dieser LDK erkennbar.

Aufgrund der überaus positiven Bestrebungen der Protestierenden halten wir es für sinnvoll und notwendig, unsere Solidarität mit den streikenden Auszubildenden, SchülerInnen und StudentInnen zu bekunden. Als Zeichen unserer Solidarität fordern wir die Jusos Hochschulgruppen auf, sich aktiv an den Protesten zu beteiligen. Daher muss nun zeitnah eine entsprechende Solidaritätsbekundung ausgearbeitet werden.

Beschluss Ini 2

Das SWIFT -Abkommen verhindern - die Freiheit verteidigen!

Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos und die SPD-Bundestagsfraktion

Die Jusos Sachsen verurteilen das so genannte SWIFT-Abkommen zur Übermittlung von sensiblen Bankdaten an die USA. Es ist demokratiefeindlich, verletzt grundlegende Freiheitsrechte und widerspricht dem Datenschutz. Wir fordern daher den sächsischen Bundesinnenminister auf, das Abkommen bei der Abstimmung durch ein Veto zu verhindern.

Sollte es in Kraft treten, muss auf ein baldmöglichstes Ende der Übermittlung der Bankdaten hingearbeitet werden. Spätestens bei der Überprüfung in einem Jahr darf das Abkommen nicht verlängert werden.

Beschluss Ini 3

Damit das Praktikum nicht umsonst ist!

Weiterleitung an die Landtags- und Bundestagsfraktion:

Die Jusos Sachsen unterstützen die Praktikumsvergütungskampagne der Konferenz Sächsischer Studierendenschaft (KSS) und des StuRa der TU Dresden, welche folgende zentralen Forderungen hat: rechtliche Klärung des Begriffes „Praktikum“, Anspruch auf Vergütung, die die örtlichen Lebenshaltungskosten deckt, Vergütung soll nicht auf einen aktuellen BAföG-Anspruch angerechnet werden, Beibehaltung des Krankenversicherungsstatus, mindestens als studentisch Versicherte_r und die Verhinderung von Kettenverträgen. Die Jusos Sachsen werden sich, in enger Kooperation mit den Bündnispartner_innen, z.B. GEW Sachsen, inhaltlich einbringen, die dazugehörigen Aktionen mitorganisieren und dazu beitragen, dass die geplanten Petitionen an Land- und Bundestag erfolgreich sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Kampagne nicht nur auf immatrikulierte Studierende bezieht.